

Menem besucht die Ex-Sowjetunion Abkommen in Moskau und Eriwan, Waffenofferte in der Ukraine

Mit einem 16stündigen Aufenthalt in Armenien klang am Dienstag der Besuch von Präsident Carlos Menem in der ehemaligen Sowjetunion aus. In einigen wenigen Stunden tauschte Menem Worte der Anerkennung mit seinem armenischen Amtskollegen Robert Kocharián, unterzeichnete mehrere Abkommen über Zusammenarbeit und verfolgte gespannt das Fussballspiel Argentinien gegen England. Die Prozesse wirtschaftlicher Umwandlung in beiden Ländern waren das zentrale Thema von Menems Aufenthalt in Eriwan, der Hauptstadt Armeniens. Er kam, abgesehen von den Präsidenten der Länder der Ex-UdSSR, als erster Staatsoberhaupt nach der Erlangung der Unabhängigkeit

1991. Menem bot Kocharián Zusammenarbeit und die Hilfe derer an, die in Argentinien an der Staatsreform und der Einführung der Marktwirtschaft arbeiteten, was diesen zu der Antwort veranlasste, die Erfolge der argentinischen Reformen hätten dem Land einen bedeutenden Platz im internationalen Bereich verschafft.

Mit der Beendigung des Spiels Argentinien-England schloss um 3.30 Uhr morgens (Ortszeit) die Osteuropareise Menems, die ihn zu Beginn nach Moskau geführt hatte.

Dort hatte er sich mit seinem russischen Kollegen Boris Jelzin getroffen, während Innenminister Carlos Corach ein Abkommen über den Austausch von Informa-

tionen über Terrorismus, Rauschgifthandel und Geldwäsche unterzeichnete. Wie verlautet, erhofft sich die Regierung auf Grund der guten Beziehungen zwischen den Geheimdiensten Russlands und des Irans mögliche Anstöße für die Klärung der Anschläge auf Israels Botschaft und die AMIA.

Weitere drei Abkommen unterzeichnete Carlos Menem mit seinem russischen Amtskollegen. Am Sonntag, wenige Stunden vor seinem Abflug nach dem ukrainischen Kiew spielte Menem bei einem Besuch in St. Petersburg mit Gouverneur Wladimir Jakoblew eine Partie Tennis. Am Montag begann dann die zweite Etappe seiner Reise in der Ukraine, einem Land mit drei Pro-

zent Arbeitslosen und zehn Prozent Jahresinflation, dessen wirtschaftliche Stärke der Waffenverkauf ist. Das Land war zu Zeiten der Ex-UdSSR wichtigster Waffenproduzent des sozialistischen Blocks.

Die Angebote von Waffen bewirkten zwar ausweichende Feststellungen Menems aber auch die Ankündigung, dass Verteidigungsminister Jorge Domínguez im Oktober nach Kiew kommen werde. Kiew war ganz besonders für die zur Begleitung Menems gehörenden Unternehmer von besonderem Interesse. Menem seinerseits bot dem ukrainischen Präsidenten Leonid Kuchma Argentinien Hilfe hinsichtlich der Folgen der Tschernobyl-Katastrophe an.

Spannungsklima bei Richterratswahl

Richter verschiedener politischer Ansichten / UCR-Senatoren küren Beiräte

Die Wahl der vier Richter, die den Richterrat bilden werden, schliesst das Kapitel der internen Dispute zwischen den Richtern der nationalen und der Bundesgerichtsbarkeit, deren Zahl im ganzen Land mehr als 850 beträgt.

Doch wie verlautet, gelang es trotzdem vier Richtern mit langer Justiztätigkeit in den Rat zu bringen. Ausserdem wurde mitgeteilt, dass die einzige Liste, die keinen Vertreter in die Beurteilungsjury (Jurado de Enjuiciamiento), die die Führung der Richter beurteilt, hineinbekam, die „Celeste“ sei. Diese wird all-

gemein als die dem Menemismus nächststehende angesehen.

Die Liste 1 (Lista Blanca) bekam fast die Hälfte der Stimmen und entsendet den Kammerrichter Bindo Coviglione Fraga und die Bundesrichterin in Neuquén, Margarina Gudiño Kieffer de Argüelles, in den Richterrat. Diese Liste wird als „kooperative“ bezeichnet, die in den Jahren, als sie an der Spitze der Richtervereinigung stand, nie explosive Zusammenstösse mit den jeweiligen Regierungen hatte.

Die radikale Fraktion im Senat wählte am Donnerstag Horacio Usandizaga (UCR-San-

ta Fe) zum Beisitzer im Richterrat und Jorge Agúndez (UCR-San Luis) zum Beisitzer in der Beurteilungsjury. Vorher schon war Jorge Solana vom Movimiento Popular Neuquino als Vertreter der Provinzparteien in den Richterrat gewählt worden. Trotzdem ist der Senat mit seinen insgesamt sechs Ernennungen im Verzug, weil die PJ-Fraktion bisher nicht zu einer Einigung über ihre Kandidaten kommen konnte.

Seit mehreren Monaten stellt die Regierungspartei Listen, über die sie sich aber am Ende nicht einigen kann. Die

beim PJ am höchsten bewerteten Positionen sind die im Richterrat, weil es dort um die Ernennung der Richter geht. Das Gremium bewertet die berufliche Vorbildung der Richter und schlägt auf Grund der Beurteilung Kandidaten der Exekutive vor.

Der Jury hingegen obliegt die Beurteilung der Amtsausübung der Richter. Es besteht die Möglichkeit, dass die Fraktion das Problem in einer internen Wahl am Dienstag löst, allerdings müssen sich die Senatoren beeilen, um den Start des Richterrates nicht zu verzögern.

Ethik-Projekt verabschiedet

Senat für Besitzerklärung von Amtsträgern

Der Senat verabschiedete am Mittwoch abend einstimmig das Projekt über die „öffentliche Ethik“, das die Eidesstattliche Erklärung über das Vermögen der Amtsträger und Beamten, eingeschlossen des Präsidenten vorsieht. Die Diskussion des Projektes im Einzelnen vertagten die Senatoren auf die kommende Woche. Danach geht das Projekt der Abgeordnetenkammer seiner endgültigen Verabschiedung zu.

Im Unterschied zu der Sitzung in der Vorwoche, die damit endete, dass die Senatoren über ihre eigenen Gehälter diskutierten, wurde die Mittwochsitzung zu einem endlosen Marathon von Reden, diesmal ohne Wortgefechte. Wer allerdings „über die Stränge“ schlug, war

Eduardo Menem, der sich eine „Breitseite“ auf die Allianz leistete. „Es gibt welche, die den Mund hinsichtlich Ethik sehr voll nehmen, doch hatten sie gleichzeitig Probleme mit „ñoquis“ oder mit einigen, die die Partei wechselten und ihre Abgeordnetensitze mitnahmen“, erbot sich der Präsidentenbruder. Er nahm sich dann auch die Zeit, den kompletten Text des Tangos „Cambalache“ von Enrique Santos Discépolo vorzulesen, wo es heisst, „die Welt war und wird eine Schweinerei sein, 510 und auch im Jahr 2000“, und wies am Ende darauf hin, dass die Sorge für die Ethik in Argentinien „historisch“ sei.

Neuverhandlung des Kontinentaleises

Mitte der Vorwoche beschloss die Deputiertenkammer einstimmig, die Exekutive aufzufordern, das Gesetzesprojekt zurückzuziehen, durch das das Grenzabkommen mit Chile über die Regelung des Kontinentaleises in Südpatagonien vom August 1991 ratifiziert werden sollte. Das Projekt war seinerzeit vom Ausschuss internationaler Beziehungen der Kammer knapp gebilligt worden, als der jetzige Arbeitsminister Erman González namens der justizialistischen Fraktion den Vorsitz führte. González übernahm anschließend die Botschaft in Italien, ehe er 1997 das jetzige Amt antrat. Der Rückzug des Projektes soll der Ausarbeitung eines neuen Abkommens die Tür öffnen, wofür die Exekutiven in beiden Ländern verantwortlich zeichnen.

Die Deputiertenkammer hat den Mehrheitsbericht jenes Ausschusses nie behandelt. Die Opposition gegen das Grenzabkommen von 1991 erwies sich als unüberwindbar, angeführt vom Gouverneur von Santa Cruz, Néstor Kirchner, und seiner Gattin, vormals Senatorin und jetzt Deputierte, Cristina Fernández, sowie vom Deputierten der Provinz Rafael Flores. Das Kontinentaleis befindet sich im Westen der Provinz Santa Cruz. Immer wieder wurden neue Verhandlungen mit Chile eingeleitet, zuweilen zwischen Vertretern der Aussenministerien sowie gelegentlich zwischen Parlamentariern beider Länder.

Das Grenzabkommen von 1991 hatte den Grenzstreit dergestalt geregelt, dass auf der Landkarte eine Linie gezogen wurde, Spanisch genannt „poligonal“, die die Gipfel mit geraden Linien verband und auf diese Weise das strittige Grenzgebiet zwischen beiden Ländern mehr oder weniger willkürlich aufteilte, wobei Argentinien etwas mehr Gebiet als Chile zugesprochen wurde.

Es handelte sich damals um den letzten der 24 Grenzkonflikte, die gleichzeitig geregelt wurden, wobei im Fall genannt Laguna del Desierto ein Schiedsgericht bemüht wurde, das Argentinien recht gab. Die Opposition gegen das Grenzabkommen beruft sich auf frühere Verträge, die für Grenzziehungen in Patagonien die höchsten Gipfel bestimmen, die als Wasserscheide wirken. In über hundert Jahren haben jedoch die Sachverständigen die sich aus dieser geografischen Methode ergebende Grenzziehung nicht nachvollziehen können, weil es sehr schwierig, wenn nicht unmöglich ist, zwischen den Gipfeln festzustellen, wohin das Gletscherwasser auf die eine oder die andere Seite der Anden fließt.

Im Fall des strittigen Kontinentaleises kann laut gültigem Friedensvertrag zwischen Argentinien und Chile aus dem Jahr 1984 ebenfalls ein Schiedsgericht als letzte Instanz eingesetzt werden, sofern alle diplomatischen Bemühungen scheitern. Offenbar neigt die chilenische Regierung nach ihrer bitteren Erfahrung mit Laguna del Desierto nicht zum Schiedsspruch, weil sie befürchtet, dabei schlechter als im Grenzvertrag von 1991 abzuschliessen. In Chile agiert zudem die rechtsextreme Opposition gegen diesen Vertrag, der im Nachbarland im Kongress auf die argentinische Ratifizierung wartet, um das Grenzabkommen zu billigen.

Nachdem die Verhandlungen zur Ratifizierung des Grenzabkommens jahrelang auf der Stelle traten, haben die Parlamentarier beider Nationen sich bemüht, den toten Punkt zu überwinden. Auf chilenischer Seite wurde die für Grenzfragen zuständige Beamtin, María Teresa Infante Caffi, eingesetzt, die sich mit dem argentinischen Geografen Emilio Ferrari Bono über eine Alternativlösung verständigte.

Chile besteht im Norden und Süden der Streitgrenze auf einer

neuern Linie, die östlicher verläuft, damit die Entfernung Argentiniens vom Pazifik im Sinne der traditionellen Grenzziehung gewährleistet bleibt, nach der Chile zum Pazifik und Argentinien zum Atlantik gehört. Argentinien besteht seinerseits auf einer weiter westlich gezogenen Grenzlinie im Mittelfeld der strittigen Zone, wo die Gewässer der patagonischen Flüsse und Seen entstehen. Es geht Argentinien um die Kontrolle dieser Süßwasserflüsse und -seen, die eine gewaltige Wasserreserve enthalten.

Gelingt der Sprung, dass sich die beiden Sachverständigen über eine Grenzziehung einigen, die von den Parlamentariern akzeptiert werden kann, dann dürften die Regierungen sicherlich mitmachen und das entsprechende Protokoll vereinbaren, so dass die Ratifizierungen in beiden Kongressen mühelos über die Bühne laufen. Hierzu ist es freilich vonnöten, dass nicht nur die Regierungsparteien in beiden Ländern, sondern auch einige Oppositionsparteien mitmachen. Vorerst wartet die chilenische Regierung auf einen konkreten Vorschlag Argentiniens, wofür die Exekutive den parlamentarischen Wunsch erfüllen und das Gesetzesprojekt zurückziehen muss.

In Argentinien haben sich bereits die Deputierten Marcelo Stubrin, UCR, Guillermo Estévez Boero, Sozialist des Frepaso, und Fernando Maurette, PJ und Vorsitzender des aussenpolitischen Ausschusses, mit dieser Streitfrage befasst und angeblich auch Grundlagen für ein gütliches Einvernehmen gefunden. Die Allianz-Politiker sind angehalten, sich zum Thema zu äussern. In Chile opponieren einige konservative Oppositionsparlamentarier, wobei Senator General Pinochet angeblich seine Hand im Spiel hat. Pinochet gilt als Geopolitiker, dessen Feindbild stets Argentinien war, insbesondere Patagonien, das in seiner Sicht ursprünglich Chile gehören sollte.

Die These ist freilich durch keinerlei historische Dokumente verbürgt. Patagonien und Südpatagonien gehörten zur Zeit des spanischen Kolonialreiches zum Vizekönigtum des La Plata, heute Argentinien, und nicht zur damaligen autonomen Region Chiles, genannt „Capitanía“.

Ob es nach dem beidseitigen parlamentarischen Vorstoss für eine neue gütliche Einigung zu einem neuen Grenzvertrag kommt, bleibt sicherlich abzuwarten. Hierbei spielen nicht nur patriotische Emotionen mit, sondern auch wahlpolitische Überlegungen, zumal in Argentinien in Hinblick auf die heftig umstrittene erneute Wiederwahl Menems, dem die Oppositionspolitiker keine aussenpolitische Erfolge gönnen. Die Beendigung des letzten Grenzkonflikts mit Chile würde sicherlich als ein Erfolg eingestuft werden.

Unterdessen harrt das Kontinentaleis der endgültigen Regelung. Da es bei diesem Grenzgebiet nicht um produktive Regionen geht, wo sich Menschen ansiedeln, kann der Konflikt früher oder später gelöst werden, ohne dass ansonsten etwas passieren würde, was die Beziehungen beider Länder stören würde.

Allerdings knüpft Chile die Ratifizierung des Grenzvertrages an die Billigung des anderen Abkommens über die gemeinsame Ausbeutung gewisser Bergbauvorkommen an der Grenze nördlich von Mendoza. Dieses Abkommen erleichtert die Ausbeutung der Vorkommen und ermöglicht den Export über chilenische Häfen. Das Junktim Chiles zwischen beiden Abkommen mit Argentinien stellt ein Hindernis für die Entwicklung des Bergbaus dar. Insofern ist zu hoffen, dass die Neuverhandlung des Grenzabkommens endlich eine Lösung dieses über ein Jahrhundert alten Grenzkonflikts nach sich zieht. Die Lösung sollte nicht auf sich warten lassen.

Pallium für Erzbischof Bergoglio

Der Erzbischof von Buenos Aires, Monsignore Jorge Mario Bergoglio, wurde am Montag im Vatikan ausgezeichnet. Der Erzbischof erhielt dabei im Rahmen einer sehr alten ritualen Zeremonie mit einer Reihe von anderen Erzbischöfen von Papst Johannes Paul II. in der St. Peterskirche in Rom das Pallium. Es dreht sich um ein weisses

Wollband, mit schwarzen Kreuzen dekoriert, das den Bund des Erzbischofs mit dem Vatikan symbolisiert. Unter den vielen Teilnehmern sah man auch drei Bischöfe aus Argentinien: Monsignore Italo Di Stefano von San Juan, Monsignore Rubén Di Monte von Avellaneda und Monsignore Juan Laise von San Luis.

DIE WOCHE IN ARGENTINIEN

Exhumierung

Auf Grund einer Anordnung der Ziviljustiz wird der Leichnam des Ex-Präsidenten Juan Perón exhumiert werden, um die Berechtigung der Forderungen einer Frau zu prüfen, die behauptet, dessen Tochter zu sein. Dies teilen am Dienstag die Anwälte mit, die Martha Holgado in ihrem Zivilklageverfahren zur Anerkennung ihrer Eigenschaft als Tochter Peróns vertreten. Die Klägerin hatte seinerzeit die Durchführung der erforderlichen DNA-Untersuchung beantragt.

Antidrogenforum

Als Teil einer gemeinsamen Strategie zur Bekämpfung des Rauschgifthandels haben die Länder des Mercosur die Schaffung eines Dauerforums für Konsultationen vereinbart. Das entsprechende Abkommen wurde am Dienstag vom Sekretär für die Bekämpfung des Rauschgifthandels, Eduardo Amadeo, und seinen Amtskollegen aus Brasilien, Uruguay und Paraguay unterzeichnet.

Vereinbarung über Nazisuchnetz

Die Regierung gab am Mittwoch den Abschluss eines Abkommens mit Deutschland, Israel und den Vereinigten Staaten über die Bildung eines „Internationalen Netzes“ bekannt, dessen Aufgabe die Aufspürung von flüchtigen Kriegsverbrechern sein wird. Dies geht aus einem offiziellen Kommuniqué des Instituto Nacional contra la Discriminación, la Xenofobia y el Racismo (INADI, Nacionales Institut gegen Diskriminierung, Fremdenhass und den Rassismus) hervor. Institutsvorsitzender Víctor Ramos erklärt im Text der Verlautbarung, eines der in dem Abkommen festgeschriebenen Ziele sei auch eine enge Zusammenarbeit bei der „Ausmerzung des Krebses Neonazismus“. Die argentinische Regierung vereinbarte dazu mit dem Archiv des Bundesjustizministeriums in Bonn den automatischen Austausch von Informationen für die Festnahme von Verbrechern des II. Weltkrieges auf argentinischem Territorium, die noch flüchtig sind.

Kommissionsprojekt

Der bonaerenser UCR-Abgeordnete Mario Luis Espada hat ein Projekt präsentiert, in dem die Bildung von Untersuchungskommissionen für jeden Fall von öffentlichem Interesse angeregt wird. Gemäss dem Projekt sollen diese Kommissionen bevollmächtigt sein, über jeden Beamten Informationen einholen zu können, Einvernahmen durchzuführen und in besonderen Fällen auch Hausdurchsuchungen zu beantragen.

Wiederwahlheckmeck

Der radikale Abgeordnete Melchor Cruchaga hat Antrag auf politischen Prozess gegen den Bundesrichter in Jujuy, Mariano Cardozo, gestellt, dem er „schlechte Amtsführung“ vorwirft. Richter Cardozo hatte nicht nur die Exekutive, sondern auch die politischen Parteien und die Bevölkerung im allgemeinen aufgefordert, sich über die neuerliche Wiederwahl von Präsident Carlos Menem zu äussern. Cruchaga unterstreicht, „der Aufruf des Richters ist nicht nur absurd, sondern beweist ausserdem eine Unkenntnis der grundlegenden Normen unseres Rechtssystems“.

Gasleitungs-Projekt

Die Gouverneure Juan Carlos Romero von Salta und Carlos Ferraro von Jujuy haben am Mittwoch ihre Absicht bestätigt, den Bau des umstrittenen Projektes der Nordandengasleitung (Gaseoducto Nor-Andino) zu unterstützen. Romero und Ferraro kündigten dazu an, dass sie gegen die einstweilige Verfügung einer Richterin zur vorläufigen Einstellung der Arbeiten an einem Streckenabschnitt Einspruch erheben würden. Die Richterin hatte mit ihrer Entscheidung einem Antrag der Umweltschutzorganisationen Greenpeace und Yaguareté stattgegeben.

Gallo dementiert

Stadtsekretär Nicolás Gallo hat am Dienstag erklärt, der Ex-Stadtrat Norberto Larrosa sei keiner seiner Mitarbeiter. Der Name von Larrosa wird unter anderen auch in der Untersuchung von Staatsanwalt Norberto Quantin genannt, in der es um die Anstellung von „ñoquis“ im Ex-Stadtrat geht. Verwickelt darin sind auch Rubén Gabriele, Vizefraktionschef der

Radikalen und der Ex-Stadtrat Humberto Bonanata.

Río Tercero war Unglücksfall

Verteidigungsminister Jorge Domínguez hat jetzt erklärt, die Explosion in der Militärfabrik von Río Tercero im November 1995 sei ein Unglücksfall gewesen. „Es gibt weder im Verteidigungsministerium noch in den Streitkräften irgend einen Anhaltspunkt, der einen anderen Schluss zuliesse“, erklärte Domínguez und begegnete damit Versionen, die von einem „Attentat oder Sabotage“ sprechen.

Brandursachen

Die Mehrzahl der im vergangenen Jahr in der Stadt registrierten Brände wurde durch Schäden in elektrischen Installationen oder durch noch glimmende Zigaretten verursacht, wie aus einem am Dienstag veröffentlichten Bericht der Feuerwehrdirektion der Bundespolizei hervorgeht. Insgesamt brannte es 1997 in Buenos Aires 4.028 mal. 29 Prozent dieser Brände (1.160) wurden durch mangelhafte Elektroinstallationen verursacht. Fast genau soviele, nämlich 1.137 (28 Pro-

zent) wurden auf die „Kippen“ zurückgeführt.

Steuer in Waren

Die Gemeindeverwaltung von Plottier in der Provinz Neuquén hat ein System eingeführt, demzufolge die Steuerzahler ihre Verpflichtungen mit der Übergabe von Waren aller Art erfüllen können. Derzeit bezahlen bereits 30 Prozent der Steuerpflichtigen auf diese Art. Der Bürgermeister des Ortes erklärte dazu, dass dieses zu Beginn des Jahres auf Grund der Mindereinnahmen aus dem Ölgeschäft eingeführte System klaglos funktioniere.

Notlandung

Ein Flugzeug der Gesellschaft LADE, das am Mittwoch von Neuquén nach Mar del Plata fliegen sollte, musste auf Grund eines Motorschadens unmittelbar nach dem Start umkehren und wieder landen. Die Behörden des Flughafens Juan Perón in Neuquén liessen ein umfangreiches Sicherheitsprogramm mit Feuerwehren und sechs Ambulanzen anlaufen, doch gelang es dem Piloten, die Maschine vom Typ Fokker F-27 problemlos zu landen.

Jahrestag von Peróns Tod

Duhalde sieht sich ohne Konkurrenten im PJ

„Lebte Perón, wäre er Präsident und ich weiss nicht, was er sagen würde (über die Regierung Menem)“, derart beantwortete der bonaerenser Gouverneur Eduardo Duhalde am Mittwoch eine diesbezügliche Frage. Eine Antwort, die zweifellos Polemik im PJ hervorrufen wird und auch als Provokation gesehen werden kann. „Ich habe keine Konkurrenten im PJ, da bin ich ganz sicher“, versicherte Duhalde dann noch, und bezog sich damit auf das interne Rennen um die Präsidentschaftskandidatur für 1999, in der auch der Präsident mitmischen will, obwohl ihm die Verfassung dies verbietet. Duhalde hätte keinen besseren Zeitpunkt und auch keinen besseren Ort wählen können, um neuerlich zu versichern, dass er es sei, der die Gründungsphilosophie des Peronismus respektiere und wortwörtlich erfülle. Eben war die Gedenkmesse zur Erinnerung an den vor 24 Jahren gestorbenen Juan Domingo Perón zu Ende gegangen. Bei dieser Gelegenheit hatte Duhalde den Ansturm der Presse genutzt, um seine Kritiken am Wirtschaftsmodell zu erneuern und sich einmal mehr von Menems Amtsführung zu distanzieren. Der bonaerenser Gouverneur nannte dazu einige Zahlen und unterstrich, Perón habe seinerzeit alle Argentinier zum höchsten Einkommensniveau geführt. „In dieser Epoche“, so Duhalde, „erreichten 48 Prozent des Volkseinkommens die Arbeiter. Ab 1975 aber nahm das Einkommensniveau laufend ab und beträgt heute 27 Prozent des Volkseinkommens. Dies bewirkt bei den Leuten ein dauerndes Unbehagen, das der Justizialismus ausräumen muss. Strukturelle Einsparungen überall in der Welt haben im Zeichen der Globalisierung makroökonomische Vorteile bewirkt, aber auch einige negative Aspekte für die Arbeiter gezeigt, die ihr Einkommen geschmälert haben“.

Ramón Saadi mit neuen Problemen

Verfahren wegen Betrug zum Schaden der öffentlichen Verwaltung

Der Ex-Gouverneur von Catamarca, Ramón Saadi, scheint jetzt doch einen Schritt weiter entfernt vom Senat zu sein, in den er gern einziehen möchte, denn am Montag ordnete die Bundeskammer die Wiederaufnahme eines ad acta gelegten Verfahrens an. Es geht dabei um den sogenannten „Bau des Jahrhunderts“-Fall, den seinerzeit der Bundesrichter Rodolfo Canicoba Corral einstellte.

Die Kammerrichter Horacio Cattani und Martín Irurzun gehen davon aus, dass der Fall nicht verjährt ist, wie Canicoba Corral entschied. Die Verjährungsfrist sei, so beide Richter, durch Zeugenladungen und Einvernahmen unterbrochen worden. Der Bundesrichter muss jetzt die Untersuchung wieder aufnehmen, in der es um die Beauftragung einer Baufirma geht. In diesem Zusammenhang sind auch Nelly Zita Brizuela, Ex-Generalnotarin der Provinzregierung und weitere ehemalige Beamte im Visier der Justiz.

Saadi wurde vom PJ in Catamarca als Vertreter der Minderheit zum Senator gekürt. Doch die Provinzlegislative, in der der Frente Civico y Social die Mehrheit hat, weigert sich seit 1995 den Vorgang abzusagen. Unter anderen Gründen führt der Frente für seine Ablehnung an, dass gegen Saadi ein Dutzend Untersuchungsverfahren der Justiz

laufen. Allerdings haben die justizialistischen Senatoren kein grosses Interesse an der Wiederaufnahme der Diskussion für die Aufnahme Saadis in den Senat. Sie kamen in der vergangenen Woche überein, dem Fraktionschef Augusto Alasino die Handhabung des Themas zu überlassen. Der „Bau des Jahrhunderts“ war der Plan für den Bau eines Abwassersystems in Catamarca. Es ging dabei um eine direkte Auftragsvergabe ohne Ausschreibung, mit einem polemischen Kostenvoranschlag von zehn Millionen Dollar, was den Fachleuten überteuert schien. In das Verfahren verwickelt sind ausser Saadi einige leitende Angestellte der Firma Noruzi, der Ex-Bautenminister Roberto Dromi, der Ex-Wasserdirektor Mario Caserta und mehrere Ex-Provinzbeamte. Saadi wird Betrug zum Schaden der öffentlichen Verwaltung, Vorspiegelung falscher Tatsachen und Amtsmissbrauch vorgeworfen. Der Bau wurde bezahlt, aber nie fertiggestellt.

Dromi erreichte die Überführung seines Falles an die Bundesjustiz. Richter Norberto Oyarbide stellte dann die Verfahren gegen Dromi und Caserta 1997 ein. Danach stellte Richter Canicoba Corral auch das Verfahren gegen Saadi ein. Nach Einspruch der Provinzstaatsanwaltschaft aber wird das Verfahren neu aufgerollt.

Benützung der U-Bahn wird teurer

Im Gegenzug wird Metrovias Strecken verlängern und verbessern

Die Regierung der Stadt strebt eine Vergrösserung des Streckennetzes und eine Verbesserung der U-Bahn an. Der Weg, auf dem dies erreicht werden soll, ist eine Anhebung des Fahrpreises. Dies ist der Grund für die Bemühungen um eine Neuverhandlung der Konzession mit Metrovias, der Betreiberin des U-Bahnnetzes, in der eine stufenweise Erhöhung des Fahrpreises im Austausch gegen Investitionen festgeschrieben werden soll.

Wenn die Stadtlegislative der Neufassung einiger Punkte der Konzession zustimmt, kommt auf die U-Bahnbenützer eine Reihe von Tarifierhöhungen zu, die erste 1999 und die letzte im Jahre 2001. Der Vorschlag der Stadtregierung von Fernando de la Rúa sieht vor:

- Ab 1999 eine Erhöhung um 20 Prozent, die den derzeitigen Preis der U-Bahnfahrt von 50 auf 60 Centavos steigen lässt.

- Ab 2000 kommt eine weitere Erhöhung von 16,6 Prozent, die den Fahrpreis auf 70 Centavos anhebt.

- Ab 2001 steigt dann der Tarif um weitere sieben Prozent. Der Fahrpreis wird dann 75 Centavos betragen.

Die mit diesen Tarifierhöhungen erzielten Einnahmen werden

zur Finanzierung eines Investitionsprogramms verwendet. Dessen markanteste Punkte sind:

- Die Erweiterung der Linie B von Chacarita nach Villa Ortúzar.

- Die Erweiterung der Linie E von Plaza de Mayo nach Retiro.

- Die Inbetriebnahme von 150 neuen Waggons.

- Die Verbesserung der U-Bahnstationen und der Umsteigeknotenpunkte.

Abgesehen von dieser Planung aber wird an der Verlängerung der Linie D um eine Station (Juramento) gearbeitet und die Ausschreibung einer neuen Konzession vorbereitet, bei der es um den Bau der Linie H (von Retiro nach Pompeya) und der Linie F (von Plaza Italia nach Constitución) geht. An dieser Ausschreibung will sich auch Metrovias beteiligen.

Der Vorschlag der Bauten und Investitionen, die mit Fahrpreiserhöhungen finanziert werden sollen, wurde von den Technikern des Stadtbetriebes U-Bahnen von Buenos Aires (SBASE) erarbeitet und wird derzeit von den lokalen Behörden geprüft.

Die durch die Erhöhung der Fahrpreise erzielte Mehreinnahme wird das Unternehmen Metrovias nur zum Teil für sich verbuchen können, der bis zum Auslaufen der

Konzession gleich bleibt. Dem Unternehmen wird dabei pro Fahrgast ein Tarif von 58 Centavos zugestanden und der Mehrbetrag wandert in einen besonderen Fonds, der zur Finanzierung der

Arbeiten verwendet wird. Abgesehen von der Erweiterung der einzelnen Strecken wird Metrovias die Verpflichtung übernehmen, Rolltreppen in fast allen Stationen einzurichten.

Mercosur-Wirtschaftsgipfel

Der unter den Auspizien des Weltwirtschaftsforums stehende Wirtschaftsgipfel des Mercosur wird mit Beteiligung von Repräsentanten internationaler Institutionen vom 21. bis 23. Juli in Buenos Aires stattfinden. Die Präsidenten der Amerikanischen Entwicklungsbank, Enrique Iglesias, der brasilianischen Abril-Gruppe, Roberto Civita, und Klaus Schwab vom Weltwirtschaftsforum haben bereits ihre Präsenz bestätigt. Das Treffen findet jedes Jahr einmal statt. Teilnehmer sind jeweils die Präsidenten der vier Länder des Wirtschaftsblockes, Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay, Unternehmer, Politiker und Wirtschaftler. Bei dem bevorstehenden Gipfel ist das vorgehende zentrale Thema der Debatte die Förderung der Konkurrenzfähigkeit im Mercosur. Aus einem im Vorfeld verbreiteten Kommuniqué geht ausserdem hervor, dass auch Workshops, Vollversammlungen, Arbeitsfrühstücke und Besuche in argentinischen Industriebetrieben vorgesehen sind. Die Region des Mercosur erreichte jetzt das beste wirtschaftliche Ergebnis der letzten zwei Jahrzehnte, während das Wachstum Lateinamerikas im Jahre 1997 im Durchschnitt um 5,5 Prozent stieg. Dazu kommen die Vereinbarungen über Liberalisierung des Handels und die Verhandlungen zur Erweiterung. Unterstrichen wird darin auch: „Die erfolgreiche Stabilisierung der Makroökonomie, der Währungspolitik und der Festigung der demokratischen Institutionen in dem Wirtschaftsblock machen es möglich, dass der Mercosur im kommenden Jahrtausend eine globale Schlüsselrolle übernimmt.“ Der Gipfel in Buenos Aires ist vor allem der Schaffung von Gelegenheiten für Handeloperationen gewidmet und das Programm lässt den Teilnehmern viel Spielraum für persönliche Kontakte untereinander. Sonder-sitzungen sind jeweils einem Land des Mercosur gewidmet.

Fundamentalisten am Dreiländereck

Offizieller Bericht kompromittiert Nachbarland Paraguay

Ein offizieller, vom Geheimdienst SIDE, Präfektur und Gendarmerie erstellter Bericht über die Aktivitäten von proiranischen Fundamentalistengruppen im Bereich der Dreiländergrenze könnte zum Auslöser einer diplomatischen Auseinandersetzung mit Paraguay werden. Die Arbeit, die bereits mehreren Ministern von Präsident Carlos Menems Kabinett vorliegt, belegt augenscheinliche Mitwisserschaft oder Duldung der Aktivitäten dieser Gruppen durch paraguayische Beamte in Ciudad del Este. Auf diesen Fundamentalistengruppen ruht der Verdacht hinsichtlich ihrer eventuellen Verwicklung in die Attentate auf die Botschaft Israels und das jüdische Sozialwerk AMIA.

Der in den vergangenen Wochen erstellte Bericht wurde auch Bundesrichter Juan José Galeano, der die AMIA-Untersuchung unter sich hat, und der die Untersuchung kontrollierende Kongresskommission zugeleitet. Darin werden paraguayische Beamte beschuldigt, die Einreise derartiger Gruppen nicht zu unterbinden. Ausserdem wird versichert, in Ciudad del Este existiere eine re-

gelrechte „Industrie von Aufenthaltsgenehmigungen“ (radicación), unterstützt durch Ärzte und bestechliche Beamte, die Geburtsurkunden und gefälschte Ausweise herstellen. Aus dem Bericht geht auch hervor, dass an der Dreiländergrenze andere Fundamentalistengruppen operieren, denen von den argentinischen Sicherheitsbehörden Straftaten wie Waffenhandel, Schmuggel, Rauschgifthandel, Geldwäsche und Dokumentenfälschung vorgeworfen werden. Verschiedene Hinweise ergaben, dass die Autoren der Attentate in den Jahren 1992 und 1994 an der Dreiländergrenze ins Land kamen. Dies ist neben dem Druck der USA einer der Gründe, die Innenminister Carlos Corach bewogen, mehrere Treffen mit seinen Amtskollegen aus Paraguay und Brasilien zu organisieren, in denen ein gemeinsamer Sicherheitsplan für das Gebiet vereinbart wurde.

Das letzte Treffen fand Ende März in Buenos Aires statt, und bereits bei dieser Gelegenheit wurde die Rolle Paraguays in Frage gestellt. Der Vizeinnenminister Paraguays, Juan Rafael Cavallero,

soll sich dabei gegenüber den Forderungen von Corach und Sicherheitssekretär Miguel Angel Toma entschuldigt haben. Zentrale Punkte in dem Sicherheitsplan waren Magnetkarten für die Bewohner der Region zur Kontrolle aller Bewegungen und Austausch von Information über gewährte und abgelehnte Aufenthaltsgenehmigungen. Das erforderliche Informatiksystem aber wurde nicht eingeführt, weil der paraguayische Zoll noch keine Computer hat. Die Konsulate der drei Länder verpflichteten sich, einen Identifizierungsstempel in die Pässe von Staatsangehörigen aus Ländern ausserhalb des Mercosur anzubringen. Paraguay erfüllte weder die Forderung nach Magnetkarten, noch stempelte es die Pässe des genannten Personenkreises.

Wie verlautet, hegen die argentinischen Sicherheitsbehörden den Verdacht, dass neben anderen Umständen auch die Tatsache eine Rolle spielen könnte, dass die jährlichen Steuereinnahmen von Ciudad del Este fast zwölf Millionen Dollar betragen. Für die Regierung in Asunción ist dies kein Pappenstiel.

Aus dem Bericht geht weiter hervor, dass in den letzten Jahren die Niederlassungen von Einwanderern aus arabischen Ländern sprunghaft angestiegen sind. Die Einreisen illegaler Einwanderer werden mit gefälschten Pässen

oder befristeten Visen über die Flughäfen von Asunción und Sao Paulo bewerkstelligt, oder über den Hafen von Paranaguá, und von da aus nach Curitiba. Einmal in Ciudad del Este eingetroffen, wird diesen Illegalen die Hilfe der „Industrie der Niederlassung“ zuteil.

Die SIDE, die Marinepräfektur und die Gendarmerie glauben alle Bewegungen der zur Hizbollah gehörenden Fundamentalisten registriert zu haben. Allem Anschein nach ist eine der vier Moscheen in Foz de Iguazú Sammelplatz für Schenkungen für die islamische Sache. In dem Bericht wird der Beauftragte für die Beschaffung von Fahrkarten an die Dreiländergrenze genannt, ebenso der Verantwortliche für finanzielle Angelegenheiten und derjenige, der mit der Überweisung von Mitteln in den Nahen Osten betraut ist. Ausserdem figurieren der Operationschef der Gruppe und die politischen Repräsentanten mit engen Kontakten zu den Stadträten von Foz de Iguazú und Ciudad del Este in dem Bericht. Ein Anlass zu Besorgnis ist die grosse Zahl von geheimen Landepisten, die in dem Gebiet entdeckt wurden. In der Provinz Misiones wurden bei einer Inspektion vom Flugzeug aus 17 Landebahnen ausgemacht, die zweifellos dem Schmuggel dienen. Auf der paraguayischen Seite aber gibt es noch mehr.

Invalidenrenten sind Seltenheit

Die Invalidenrenten, die viele Jahre lang sozusagen als „politische Gefälligkeit“ gewährt wurden, sind zu einer Leistung geworden, an der es genau so mangelt, wie dem Altersversorgungssystem an Mitteln. Derzeit werden nur vier von zehn Anträgen positiv erledigt. Die Bewertungen obliegen seit 1994 Ärzten der privaten medizinischen Kommissionen der AFJP. In diesem Jahr trat das Gesetz über das Kapitalisierungssystem in Kraft, durch das auch die Ärztegruppe der ANSES aufgelöst wurde. Die derzeitige Kleinlichkeit zeigt sich in der Zahl der Anträge, die nach ihrer Ablehnung umgehend zur Justiz wandern, wo dann die negativen Entscheidungen aufgehoben werden. Das legale Kriterium für die Gewährung und den laufenden Bezug einer Invalidenrente ist die Forderung nach einer Arbeitsunfähigkeit von 66 Prozent oder mehr. Doch, so verlautet aus Justizkreisen, muss dieser Prozentsatz weit überschritten werden und der Antragsteller schon halbtot sein, um die Leistung zu bekommen. Für ANSES-Direktor Saúl Bouer ist dies kein kleines Problem. Kaum übernahm er seine neue Würde, legte er der Bundeskammer für Sozialversicherung nahe, die Zahl der Verfahren zu senken. Dann aber wurde die Kammer von den Verfahren überschwemmt, in denen es um den Einspruch gegen die Ablehnung des Antrags auf Invalidenrente durch die Ärzte der AFJP ging. Trotzdem ist die Zahl der Invalidenrenten insgesamt doch gestiegen. Heute machen sie elf Prozent aller Renten aus, während es vor kaum zwei Jahren kaum acht Prozent waren. Zuvor aber führte Argentinien in der ganzen Welt: 14 Prozent aller Renten waren seinerzeit Invalidenrenten. Zweifellos sind Unregelmässigkeiten bei der Gewährung vorgekommen, doch ist es andererseits nicht gerecht, jetzt Unschuldige für die Sünder bezahlen zu lassen.

Randglossen

Der Streit zwischen einigen Regierungssprechern und dem Exminister Cavallo nimmt neuerdings ungeahnte Ausmasse an. Eine unterschwellige Offensive der Regierung gegen den jetzigen Nationaldeputierten zielt offensichtlich darauf ab, ihm seine parlamentarische Immunität abzuerkennen, damit er sich vor den Gerichten verantwortet und möglicherweise keine Präsidentschaftskandidatur anmeldet. Es geht dabei um die Stimmen, die die Stabilität honorieren, um welche sowohl Menem als auch Cavallo buhlen. Der Streit zwischen beiden ufert jetzt mit Anzeigen geheimer Auslandskonten aus, die Cavallo der Mitarbeiterin Menems, Claudia Bello, und die der Fraktionschef Ruggiero der Gattin Cavallos unterstellt, beide bezogen auf angebliche Schmiergelder. Die Dreckschleuder kennt in der argentinischen Politik offenbar keine Grenzen.

Seit mehreren Monaten war kein Gerücht über angeblich bevorstehende Kabinettsänderungen im Umlauf, bis plötzlich in Abwesenheit des Präsidenten die Lesart in der Zeitung „Clarín“ auftauchte, dass der Kabinettschef Jorge Rodríguez auf der Abschussliste stünde. Das Gerücht soll Regierungsquellen entstammen, wie es mit allen unbewiesenen und anonymen politischen Lesarten der Fall ist. Präsident Menem dementierte die Meldung, kaum dass er von seiner Auslandsreise nach Russland, Ukraine und Armenien heimgekehrt war. Die Lesart wollte wissen, dass der Präsident sich einen Kabinettschef wünsche, der politisch wirksamer wäre, lies die erneute Wiederwahl vorantriebe, als ob Rodríguez das nicht täte. Solche journalistischen Enten pflegen abgeschossen zu werden, ehe sie Höhenflüge erreichen. Schliesslich muss sich jemand um die täglichen Regierungsgeschäfte kümmern. Mit oder ohne erneuter Wiederwahl.

Ushuaia südlichste Stadt der Welt

Im Streit um die Bezeichnung „südlichste Stadt der Erde“ haben Einwohner des argentinischen Ortes Ushuaia bekräftigt, daß alleine ihnen der Titel zustehe. Julio Lovece, der Tourismusdirektor der 29.000 Einwohner zählenden Stadt, sagte am Dienstag im Rundfunk, das mit Ushuaia konkurrierende chilenische Puerto Williams komme schon deshalb nicht für den Titel in Frage, weil es gerade mal 2500 Einwohner habe. Puerto Williams liegt hundert Kilometer südwestlich von Ushuaia. In Ushuaia, rund 2400 Kilometer südlich der Hauptstadt Buenos Aires, findet am 24. und 25. Juli in Anwesenheit des südafrikanischen Präsidenten Nelson Mandela das Gipfeltreffen des Mercosur statt.

WIRTSCHAFTSÜBERSICHT

Stark gestiegene Fiskaleinnahmen im Juni

Die gesamten Einnahmen des Nationalstaates an Steuern, Zöllen, Sozialabgaben und Gebühren lagen im Juni mit \$ 4,62 Mrd. um 18,1% über Juni 1997, jedoch um 1,8% unter Mai 1998. Das erste Halbjahr lag um 5,1% über der Vergleichsperiode des Vorjahres. Der Sprung im Juni ist auffallend, selbst wenn man aussergewöhnliche Faktoren berücksichtigt.

Die Einnahmen im 1. Halbjahr lagen um etwa \$ 800 Mio. unter dem mit dem IWF vereinbarten Ziel. Dabei wurden jedoch in jener Rechnung etwa \$ 500 Mio. berücksichtigt, die auf Sonderfonds für Energie und Tabak entfallen, die bei den Steuereinnahmen ausgenommen wurden. Somit verbliebe eine Differenz von \$ 300 Mio. Offiziell wurde erklärt, dass die Einnahmen um

etwa \$ 200 Mio. höher gewesen wären, wenn die Brennstoffsteuer wie früher schon jetzt gezahlt worden wäre, statt, wie dieses Jahr, erst im Dezember. Nun, auf der anderen Seite muss man die künstlich erhöhte Einnahme aus der Gewinnsteuer berücksichtigen, die jenen Verlust wohl etwa ausgleicht. Auf alle Fälle ist die Abweichung gering, so dass es wohl keinen Konflikt mit dem IWF geben wird.

Die Einnahmen aus der MWSt. lagen brutto mit \$ 1,89 Mrd. um 12,8% über dem gleichen Vorjahresmonat und um 9,3% über Mai. Im ersten Halbjahr lagen sie um 4,6% höher als im Vorjahr. Der Sprung im Juni, bei gleichzeitiger Verlangsamung des Wirtschaftswachstums, lässt sich nur durch die Zahlung geschuldeter Steuern aus vorangehenden Monaten erklären. Ob es dem Steueramt gelungen ist, die Steuerzahler stärker unter Druck zu setzen, sei dahingestellt. Die vom Zollamt eingenommene MWSt. stieg um 13,8% gegenüber dem Vorjahr und um 10% gegenüber dem Vormonat, während die vom Steueramt direkt eingenommene MWSt. nur um 5,4% gegenüber dem Vorjahr und um 4,4% gegenüber dem Vormonat stieg. Die Zunahme beim Zollamt deutet auf höhere Importe hin, wobei sich indessen hier wohl auch die höheren Werte ausgewirkt haben, die die Importeure seit der Einführung der privaten Kontrolle angeben. Bei der vom Steueramt kassierten MWSt. wird dann die Zahlung beim Zoll, die auch eine Einbehaltung a Konto der nächsten Etappe einschliesst, abgezogen, was dann den Erlös schmälert.

Die Rückgabe der schon gezahlten MWSt. an Exporteure lag

im Juni mit \$ 34,4 Mio. weit unter den \$ 100,8 Mio. des Vorjahres und auch der \$ 79,5 Mio. vom Mai. Bisher hatte das Steueramt unter der Leitung von Silvani diese Zahlungen beschleunigt, um den Exporteuren entgegenzukommen, die sich über die Verzögerung beklagten. Jetzt scheint diese Politik unterbrochen worden zu sein, wahrscheinlich um das Juni-Gesamtergebnis des Steueramtes nach oben zu frisieren. Die Rückvergütungen an Exporteure (die reine Subventionen sind), lagen mit \$ 44,2 Mio. leicht über den \$ 43,4 Mio. vom Juni 1997 und leicht unter den \$ 45,2 Mio. vom Mai 1998. Die allgemeine Kontrollstelle des Staates („Auditoría General de la Nación“), geleitet vom Radikalen Enrique Paixao, hat beanstandet, dass das Steueramt diese Rückvergütungen nur in Ausnahmefällen kontrolliert, wobei vermutet wird, dass zu viel bezahlt wird. Nun besteht auf alle Fälle der Anreiz zur Überfakturierung, so dass man annehmen kann, dass viele Exporteure effektiv die Preise fälschen. Diese Exporte sollten auch von privaten Firmen kontrolliert werden, wie es bei bestimmten Importen schon der Fall ist.

Bei der Gewinnsteuer lagen die Einnahmen mit \$ 1,01 Mrd. um 52,7% über dem Vorjahr, jedoch um 27,1% unter Mai, wobei das ganze erste Halbjahr ein Plus von 16% ergibt. Die Zunahme gegenüber dem Vorjahr ist darauf zurückzuführen, dass die erste Anzahlung auf die Gewinnsteuer von 1998 stark erhöht wurde. Es handelt sich somit um eine künstliche Zunahme, die am Ende, also in den ersten Monaten 1999 zu einer Abnahme führen wird. Die Abnahme gegenüber Mai ist darauf zurückzuführen, dass im Mai die Saldi der Einkommenssteuer natürlicher Perso-

LAVARROPAS

KOH-I-NOOR

ENTRA EN SU CASA

Entra en su casa
40 cm.
DE ANCHO

Importa API S.A.I.C. - Distribuye: AUTOSAL S.A. E. Echeverría 930
Florida (1602) Prov. de Buenos Aires - Tel.: 730-0011. Fax: 730-0800

SERVICIOS
DIGITALES S.A.

ESPECIALISTA EN
Multimedia, Titulos CD-Rom, Presentaciones
Interactivas, Documentos Electrónicos,
Internet, Intranet y mucho más...

Corrientes 456 - P.16 - of.161- (1366) Bs. As. - Argentina
Tel/Fax: (54-1)393-8837/394-8298 - servicios@maus.com.ar

nen für 1997 gezahlt wurden.

Die Einnahmen des Systems der sozialen Sicherheit lagen mit \$ 836,1 Mio. um 2,4% über dem Vorjahr und um 5,4% über Mai, wobei das erste Halbjahr um 2,4% unter dem Vorjahr liegt. Hier geht der Übergang zum privaten System weiter, das mit Juni Einnahmen von \$ 317,9 Mio verzeichnet, um 12,2% mehr als im Vorjahr und um 0,3% mehr als im Mai, wobei das erste Halbjahr um 14,6% höher als das des Vorjahres liegt. Die Unternehmerbeiträge, die nach wie vor voll an den Staat gezahlt werden, weisen im Juni mit \$ 660,3 Mio. eine Zunahme von 19,2% gegenüber dem Vorjahr und von 14,9% gegenüber Mai aus, wobei hier das erste Halbjahr um 12,1% höher lag. Das deutet auf höhere Beschäftigung und höhere Löhne hin, aber wohl auch auf eine geringere Hinterziehung. Allerdings verbleibt hier noch viel zu tun, nachdem immer noch etwa die Hälfte der Beschäftigten schwarz arbeiten oder keine Beiträge leisten. Was den Übergang auf das private Rentensystem betrifft, so ist die massive Übertragung abgelaufen, bei der sich all diejenigen für das private System entschlossen haben, die dabei eine höhere Rente erwarten. Was jetzt geschieht, ist, dass auf der einen Seite ständig Personen im Rahmen des staatlichen Systems in Pension gehen, während auf der anderen Seite praktisch alle, die in den Arbeitsprozess eintreten, sich bei einer privaten Kasse eintragen.

Die Aussenhandelssteuern (hauptsächlich Importzölle) lagen mit \$ 249,4 Mio. um 15,1% über Juni 1997 und um 6,7% über Mai 1998, wobei das 1. Halbjahr um 5,2% höher lag. Im Prinzip deutet dies auf höhere Importe hin, wobei es sich jedoch, wie gesagt, wohl auch um richtigere Werte handeln dürfte. Die Zunahme fällt dennoch auf, da der Importanteil aus Brasilien zunimmt, bei dem es keine Zölle gibt. Es ist indes auch möglich, dass jetzt mehr Kapitalgüter mit Zoll eingeführt werden, während es sich letztes Jahr um zollfreie Importe im Rahmen des Sondersystems für komplette Anlagen handelte.

Wirtschaftsminister Roque Fernandez hat letzte Woche angeblich erreicht, dass das Parlament die Steuerreform verabschiedet, zumindest was die Abschaffung bestimmter Ausnahmen bei der MWSt. betrifft, wie Kabelfernsehen und private

Gesundheitsdienste. Wenn er diese und eventuell auch andere Aspekte der Reform, wie die Steuer auf Zinsen, die Aktivsteuer und die Erhöhung der Gewinnsteuer durchsetzt, dann kann mit erhöhten Steuereinnahmen gerechnet werden. Die Herabsetzung der Lohnsteuern, die für das Rentensystem bestimmt sind, soll erst später vollzogen werden, wenn die Staatskasse einen ausreichenden Überschuss hat. Angeblich soll dies im Januar 1999 der Fall sein; wenn nicht, dann dürfte diese Massnahme vertagt werden. Die Steuereinnahmen werden wohl auch als Folge neuer Kontrollen steigen, die das Landwirtschaftssekretariat einführen wird. Einmal ist schon verfügt worden, dass die Weizenmühlen mit einem elektronischen Apparat ausgestattet werden, der die Mengen genau misst und sie in einen Computer eingibt, zu dem der Unternehmer keinen Zugang hat. Dann sollen unmittelbar die Schlachthäuser mit ei-

Schärfere Importkontrolle

Das Zollamt hat verfügt, dass ab vorletztem Montag alle Importe aus asiatischen Ländern genau kontrolliert werden. Im „Zolljargon“ heisst das, dass sie über den „roten Kanal“ abgefertigt werden. Die Massnahme wurde auf Antrag von Ernesto Rezk verfügt, dem Vorsitzenden des Exekutivkomitees des Programmes für die Inspektion der Warenverschiffungen, die durch private Firmen durchgeführt werden. Seit November 1997 werden die Importe von Konsumgütern, Automobilen und Lastwagen von privaten Firmen bei der Verschiffung kontrolliert. Das bezieht sich auf Art und Menge der Ware, sowie auf den Preis. Dabei wurde festgestellt, dass die angegebenen Preise seit dieser Kontrolle im Durchschnitt um etwa 20% über den vorher deklarierten liegen, was zeigt, dass es hier eine gewaltige Unterfakturierung gab.

Dabei funktioniert das System noch mangelhaft, weil die Kontrollfirmen noch nicht so weit sind, dass sie alle Tricks der faulen Importeure aufdecken. Ausserdem ist es so, dass der Importeur die Kontrollfirma wählt, was dazu führt, dass bestimmte unseriöse Importeure eben Kontrolleure wählen, die Unregelmässigkeiten durchgehen lassen. Zwei Kontrollfirmen, nämlich die schweizerische Societé Generale de Sur-

ner Waage ausgestattet werden, die sämtliche Rinder zählt und wiegt, bevor sie geschlachtet werden. Und dann sollen noch ähnliche Kontrollen bei anderen Produkten kommen. In allen Fällen sollen die Apparate von einer privaten Kontrollfirma überwacht werden. Das Steueramt erhält auf diese Weise Daten, die als Unterlage für eine grobe Schätzung der zu zahlenden Steuern dient, und zwar nicht nur bei der Mühle, dem Schlachthof oder anderen Verarbeitungsstellen, sondern auch bei Lieferanten und Kunden. Wenn dieses relativ einfache System einigermaßen funktioniert, bedeutet es schon zusätzliche jährliche Einnahmen des Steueramtes von gut \$ 2 Mrd.

Wenn man ausserdem noch die ständige Verbesserung der Tätigkeit des Steueramtes hinzuzählt, um die sich Silvani bemüht, kann man auf alle Fälle mit steigenden Staatseinnahmen rechnen, so dass das Abkommen mit dem IWF gut eingehalten werden kann.

veillance (SGS) und die französische Buro Veritas, sind für etwa 80% der Kontrolltätigkeit verantwortlich. Die anderen vier Firmen versuchen nun, ihren Anteil zu erhöhen. Die Firma Inspectorate hatte am Anfang einen Anteil von 3%, der dann auf 11% stieg, was suspekt ist.

Dennoch dürfte dies nicht lange dauern. Die Wirtschaftsführung hat ein auf der Welt einzigartiges Kontrollsystem aufgebaut, bei dem die Tätigkeit dieser Kontrollfirmen von einer anderen Firma, Swipco (Swiss Procurement Company) kontrolliert wird, die weltweit nur für Regierungen arbeitet und Kontrollen verschiedener Art durchführt. Diese Firma deckt dann nach und nach die Mängel der erstinstanzlichen Kontrolleure auf. Das argentinische System hat inzwischen das Interesse der Welthandelsorganisation (WHO) erweckt, wo eine Arbeitsgruppe sich mit Zollkontrollen dieser Art befasst und der US-Vertreter forderte, dass Argentinien über seine Erfahrung berichte. Mexiko hat schon formell einen Bericht beantragt, und Brasilien und Uruguay beobachten das System.

Mehrere Kammern haben vom Wirtschaftsministerium die Erweiterung des Systems auf die Produkte gefordert, die ihre Mitglieder importieren oder lokal er-

zeugen. Es handelt sich um Haushaltsgeräte, Motorräder, bestimmte Halbfabrikate für die Industrie, Materialien für Telekommunikation, Spielzeuge u.a. Das Sekretariat für Industrie, Handel und Bergbau forderte die Ausweitung auf Textilien. Diese private Kontrolle erlaubt nicht nur eine wirkungsvolle Bekämpfung der Unterfakturierung, sondern sie vermittelt auch Unterlagen für die Beurteilung von Dumpingklagen. Allerdings müssten hier die verpflichteten Kontrollfirmen eine erweiterte Information vermitteln, da es beim Dumping nicht nur notwendig ist, zu wissen, ob eine Ware unterfakturiert wurde, sondern auch ob der Preis im Fall einer korrekten Preisberechnung unter dem internen Preis des Exportlandes liegt.

Die private Zollkontrolle hat jedoch Schwierigkeiten mit dem Zollamt. Einmal arbeiten viele Zollbeamten gegen diese Firmen, da ihnen ein einträgliches Geschäft entgeht. Sie wollen, dass das System scheitert. Hinzu kommt, dass das Informatiksystem María sehr mangelhaft funktioniert. Das ist schon in der Vorwoche der breiten Öffentlichkeit vorgeführt worden, als bekannt wurde, dass in den letzten 12 Monaten (einschliesslich April 1998) Exporte für etwa eine Milliarde Dollar nicht berücksichtigt wurden. Nachdem die Telefonverbindungen im ganzen Land jetzt gut funktionieren, sollten alle Zollstellen die Information über Importe und Exporte unmittelbar vermitteln. Es gibt keine Entschuldigung für diese Schlampe. Aber auch sonst weist das System erhebliche Mängel auf. Das María-System wurde 1991 vertraglich von einer unbekanntem französischen Firma verpflichtet. Nach 7 Jahren sollte das System perfekt funktionieren. Es ist unerlässlich, dass eine gründliche Revision verfügt wird, damit das Zollamt endlich mit einem integrierten Informatiksystem ausgerüstet wird, das auf dem letzten technologischen Stand ist.

Rezk hat jetzt bekanntgegeben (Siehe Zeitung „El Cronista“ vom Montag), dass bei Importen aus China Differenzen von 118% bis 916% festgestellt worden seien, bei Importen aus Thailand von 131% bis 594%, bei Japan von etwa 100%, bei Singapur, Malaysia, Korea und Hong Kong von 32% bis 40%. In einigen Fällen wurden auch hohe Differenzen

bei Importen aus den USA festgestellt. Die Importe von stark unterfakturierten Waren konzentrieren sich auf bestimmte Importeure. Rezk erklärte, bei einem einzigen Importeur seien 67 falsch deklarierte Importe festgestellt worden.

Seit die private Importkontrolle eingeführt worden ist, werden Konsumgüter zu durchschnittlich US\$ 4 pro kg. importiert. Aber bei Beträgen unter US\$ 3.000 wird diese Kontrolle nicht angewendet. Hier liegt der angegebene Wert bei durchschnittlich US\$ 3, ist also 25% niedriger. Um nun zu vermeiden, dass die Waren in den Freihandelszonen in kleine Partien aufgeteilt werden, die der privaten Kontrolle entgehen, hat das Zollamt im Mai verfügt, dass der Importeur in diesem Fall die Originalrechnung vorlegen muss, für die Ware, die in die Freihandelszone importiert wurde.

Die Zollkontrolle schreitet ständig voran. Was jedoch noch nicht funktioniert, ist die Zusammenarbeit mit dem Steueramt, die seinerzeit als Hauptgrund angegeben wurde, um beide Ämter zusammenzulegen. Wenn die Vermutung der Unterfakturierung besteht, dann muss sofort eine Steuerinspektion angeordnet werden. Denn diese Waren werden bestimmt ganz oder teilweise schwarz verkauft. Sonst hat die

Unterfakturierung keinen Sinn, da der Betrag, den der Importeur an Zoll spart (13%, bzw. 23% und ausnahmsweise 33%) geringer ist, als die 33%ige Gewinnsteuer.

Die Wirtschaftsführung arbeitet intensiv an der Zollkontrolle und versucht, sie ständig zu verbessern. Rezk ist ein tüchtiger Mann (ein bekannter Professor für Finanzwissenschaft an der Universität Córdoba), der sich darum bemüht, Mängel aufzudecken und Verbesserungen der Kontrollen vorzuschlagen. Ausserdem sammeln die privaten Firmen zunehmend Erfahrung, was ihnen auch erlaubt, dem Exekutivkomitee, von dem sie verwaltungsmässig abhängen, Vorschläge zu unterbreiten. Diese Kooperation ist fruchtbar. Der Erfolg des privaten Systems war bisher schon sehr gross, wird jedoch in Zukunft noch viel grösser sein. Das hat dann nicht nur zur Folge, dass die Einnahmen des Zollamtes steigen, sondern auch, dass weniger importiert wird, weil die Preise, zu denen die Waren dann im Inland verkauft werden müssen, höher sind. Dabei kann sich jedoch die paradoxe Lage ergeben, dass die Importstatistik Zunahmen aufweist, die darauf zurückzuführen sind, dass die Warenpreise jetzt richtig sind, wobei die Wertzunahme mehr ausmachen könnte, als die Mengenabnahme.

Steuerkontrolle der internen Transaktionen multinationaler Firmen?

Das Projekt über die Steuerreform, das der Deputiertenkammer vorliegt und immer weiter zerpfückt wird, enthält eine Bestimmung, die dem Amt erlauben würde, die Preise, die multinationale Unternehmen bei den Lieferungen des Mutterhauses oder einer anderen Auslandsfiliale als die argentinische berechnen, zu korrigieren, wenn diese nicht mit international geltenden Marktpreisen übereinstimmen. Die Zeitung „Clarín“ berichtet ausführlich über dieses Thema, und behauptet, es soll sich hier um eine Steuerhinterziehung, bzw. Steuerumgehung, von rund einer Milliarde Dollar handeln. Angeblich hat die zuständige parlamentarische Kommission einer privaten Consulting-Firma eine Studie über diesen Punkt in Auftrag gegeben, nach der die multinationalen Unternehmen in der Regel künstlich höhere Preise für die

Güter (meistens Zwischenprodukte) verrechnen und auf diese Weise den Gewinn der lokalen Filialen um US\$ 3,1 Mrd. schmälern, was dann bei einem Steuersatz von 33% US\$ 1.042 ausmacht.

Insgesamt sollen 70% der Unternehmen, die den grössten Anteil am Aussenhandel haben, multinational sein oder Filialen im Ausland haben. Etwa US\$ 40 Mrd., die jährlich von diesen Unternehmen über die Landesgrenze gehandelt werden, sollen nun nach diesem Bericht suspekt erscheinen. Es genüge eine Überfakturierung von 8%, damit die US\$ 3 Mrd. zustande kommen.

Diese Milchmädchenrechnung lässt sich indessen leicht widerlegen. Einmal wird hier der Zollsatz (plus statistische Gebühr) nicht berücksichtigt. Bei Überfakturierung würden die Unternehmen entsprechend mehr zahlen. Bei halbfertigen Produkten wären

13%, bei fertigen 23% und in manchen Fällen sogar 35%. Nur bei der KFZ-Industrie besteht ein symbolischer Zollsatz für die Teile, die einen bestimmten Prozentsatz eines theoretischen Wertes des fertigen Fahrzeuges ausmachen. Hinzu kommt dann noch die MWSt., wobei diese beim Zoll einbehalten wird, so dass bei Überfakturierung ein grösserer Teil der Steuer schon vorher bezahlt wird. Hinzu kommen dann bei dieser Steuer und bei der Gewinnsteuer die Einbehaltenungen, die das Zollamt a Konto der in den nächsten Etappen des internen Wirtschaftsprozesses zu zahlenden Steuer durchführt.

Abgesehen davon, hat diese Überfakturierung, die den Gewinn auf ein Unternehmen im Ausland verlagert, nur Sinn, wenn die korporative Gewinnsteuer dort niedriger als in Argentinien ist. Das trifft jedoch weder für die USA, noch für europäische Staaten, noch für Brasilien und die meisten anderen Länder zu, aus denen die multinationalen Unternehmen Rohstoffe, Halbfabrikate und fertige Produkte beziehen. Die Unternehmen, deren argentinische Filialen diese beanstandeten Importe durchführen, müssten die Ware aus sogenannten Steuerparadiesen beziehen, wo es keine oder eine sehr niedrige Einkommensteuer gibt, damit die Überfakturierung sinnvoll wäre. Das ist jedoch bestenfalls in absoluten Ausnahmefällen so, da die Länder, um die es geht (Liechtenstein, Bermudas u.a.) kaum Industrien haben.

Laut „Clarín“ soll die justizialistische Fraktion der Deputiertenkammer vorschlagen, dass innerhalb des Amtes für öffentliche Einnahmen (AFIP) eine Abteilung geschaffen wird, die sich mit diesem Thema befasst, wobei die multinationalen Unternehmen, die in Argentinien Filialen betreiben, quartalsmässig Bericht über diese Transaktionen erstatten müssen. Der Vorschlag geht angeblich so weit, dies auf die letzten fünf Jahre auszudehnen, die steuerlich noch nicht verfallen sind, so dass die Massnahme rückwirkenden Charakter haben würde. Ein grösseres Hirngespinnst kann man sich hier kaum vorstellen!

Es ist keineswegs klar, wie diese Berichtigung von Amtswegen der sogenannten „Transferenzpreise“ der Multis in der Praxis vollzogen werden soll. Bei Com-

modities gibt es Marktpreise, die in vielen Fällen veröffentlicht werden, so dass man mit etwas Mühe feststellen könnte, ob ein Preis zu hoch ist. Bei bestimmten Fertigprodukten, wie z.B. fertigen Automobilen, kann man auch Preislisten erhalten. Aber bei halbfertigen Produkten ist dies schier unmöglich. Wenn jedoch die AFIP den Auftrag erhält, sich mit dem Thema zu befassen, werden bestimmte Beamte anfangen, Preise mit fadenscheinigen Begründungen zu beanstanden um Konflikte zu schaffen, die dann bei der Justiz enden, sofern sie nicht mit einem Schmiergeld gelöst werden.

Wobei dies nicht gezahlt wird, damit unkorrekte Handlungen nicht beanstandet werden, sondern nur um die Belästigung los zu werden. Das System eignet sich vorzüglich für Erpressungen, was auch der Grund sein dürfte, weshalb es bestimmte Beamte des Steueramtes vorantreiben, die hier eine gute Bereicherungsquelle wittern.

Unter der peronistischen Regierung, die vom 25. Mai 1973 bis zum 24. März 1976 im Amt war, leitete das Steueramt einen Feldzug gegen Multis ein, der auf ähnlichen Gedanken beruhte. Die Unternehmen wurden schikaniert und belästigt, wobei es damals jedoch um mehr als ein rein steuerliches Problem ging: man wollte diese Unternehmen zwingen, an lokal ansässige Personen zu verkaufen oder Verbindungen mit lokalen Unternehmen einzugehen oder sie letztendlich verstaatlichen, wie in Kuba.

In manchen Fällen ist dies auch gelungen, weil manche Multis die Nase voll hatten und verkauften. Die damalige peronistische Regierung hatte, vor allem in ihrer ersten Phase, eine starke ideologische Komponente, da damals Peronismus mit Sozialismus identifiziert werden sollte. Der Menem-Peronismus hat mit jener Epoche nichts gemeinsam, so dass eine Initiative, die technisch keinen Sinn hat und nur dazu angetan ist, Konflikte mit ausländischen Unternehmen zu schaffen, überhaupt nicht in das Konzept der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik passt. Man kann somit annehmen, dass dieses Hirngespinnst versandet, sei es, dass der betreffende Passus gestrichen wird, sei es, dass er schliesslich vom Präsidenten einem Veto unterstellt wird.

Yacyretá: Entscheidungen vor Jahresende

Am kommenden Dienstag wird die letzte der 20 Turbinen des Riesenwasserkraftwerkes Yacyretá offiziell durch die Präsidenten Argentiniens und Paraguays, Carlos Saul Menem und Juan Carlos Wasmosy, eingeweiht werden. Diese Turbine läuft zwar schon seit April, aber die Feier findet jetzt statt, zu einem ungünstigen Zeitpunkt, da in Paraguay im August Wahlen stattfinden und Wasmosy somit keine grundlegenden Entscheidungen mehr treffen kann, wie sie in diesem Fall bitter notwendig sind. Deshalb erklärte Energiesekretär Alfredo Mirkin, diese würden vor Jahresende getroffen, womit er vorwegnimmt, dass der nächste paraguayische Präsident ziemlich bald entscheiden wird.

Das binationale Unternehmen, das das Wasserkraftwerk verwaltet (EBY, Ente Binacional Yacyretá), schuldet Argentinien US\$ 7,5 Mrd., zu denen noch eine Schuld von US\$ 1,5 Mrd. an Lieferanten und Banken kommt, was US\$ 9 Mrd. ausmacht. Wäre das Werk statt in etwa 20 Jahren in 5 errichtet worden, wie es technisch möglich und bei privater Verwaltung bestimmt der Fall gewesen wäre, dann hätte es wohl US\$ 3 bis US\$ 4 Mrd. gekostet. Schlamperie, mangelhafte Planung, sowohl technisch wie finanziell, und Korruption haben hier den argentinischen Staat gut US\$ 5 Mrd. gekostet, wobei Paraguay zwar kein Geld beigetragen hat, aber nun auch nichts erhält, da zunächst die Schuld abgetragen werden muss.

Yacyretá erfordert noch Investitionen von etwa US\$ 600 Mio., um den Staudamm auf 83 Meter mit Wasser füllen zu können, statt der 76 Meter, die gegenwärtig maximal möglich sind. Das würde eine Erhöhung der Leistung von maximal 11.600 GWSt. auf rund 20.000 GWSt. möglich machen, was eine Zunahme von 72% darstellt. Diese Zusatzinvestition ist sehr rentabel und bezahlt sich in etwa drei Jahren. Somit sollte dieses Projekt absolute Priorität haben, umso mehr, als auf diese Weise mehr Strom nach Brasilien geliefert werden kann, so dass hier für den Export produziert wird.

Die Regierung will dieses Projekt in Konzession auf 8 bis 12 Jahre vergeben, und zwar an denjenigen, der für die Konzessionsperiode die geringste Zahl an Kilowattstunden fordert, die ihm

zugeteilt werden und er verkaufen kann. Das ist kein gutes System, da der Konzessionär dabei ein unnötiges Risiko läuft. Denn der Strompreis ist unbestimmt und hängt von vielen Faktoren ab, die nicht voraussehbar sind, wie z.B. die Strommenge, die an Brasilien geliefert wird. Die Erweiterung sollte auf der Basis erfolgen, dass das Unternehmen, welches die Arbeiten durchführt, einen Kredit auf 10 oder mehr Jahre gewährt, und derjenige die Zuteilung erhält, der die geringste Quote (Amortisation und Verzinsung) fordert. Dabei sollte der zusätzlich erzeugte Strom als Garantie eingesetzt werden, um das finanzielle Risiko zu verringern und die besten Bedingungen möglich zu machen.

Die Regierung will ausserdem das Management in Konzession vergeben. Das bezieht sich auf die Verwaltung und Instandhaltung, für die vorgesehen ist, einen festen Betrag zu zahlen, plus einer Effizienzprämie, die gemäss verschiedener Faktoren gemessen wird. Damit soll die Politisierung der Verwaltung vermieden werden, die in diesem Fall ein schwieriges Problem ist, da die Vertreter Paraguays ständig versuchen, Nebengeschäfte für ihre Leute zu machen, Freunde einzustellen u.s.w.

Yacyretá liefert gegenwärtig etwa 15% des gesamten argentinischen Stromkonsums. Die zusätzliche Kapazität ist für den Binnenkonsum nicht notwendig, da schon jetzt Angebotsüberschuss besteht, der voraussichtlich noch steigen wird, als Folge der Erweiterung und Modernisierung der bestehenden Wärmekraftwerke, des Baus der vierten Leitung von Neuquén nach Buenos Aires, der Errichtung weiterer Kraftwerke auf der Grundlage von Gasturbinen (die in der Nähe der Förderstellen liegen und Gas verarbeiten, das sonst in die Luft geblasen wird), der Fertigstellung des Wasserkraftwerkes Pichi Picún Leufú (am Limay-Fluss, oberhalb von El Chocón) u.a. Wasserkraftwerke. Gelegentlich sollte auch das Kernkraftwerk Atucha II fertiggestellt werden. In Zukunft wird zunehmend Strom exportiert, hauptsächlich nach Brasilien, aber auch im Norden nach Chile.

Elektrischer Strom wird zum Exportprodukt, was seine Logik darin hat, dass Argentinien aussergewöhnliche gute Möglichkei-

ten hat, Strom unter wirtschaftlichen Bedingungen zu erzeugen. Gelegentlich kommen die Wasserkraftwerke Corpus (am Paraná, oberhalb von Yacyretá), San Pe-

dro, Garabí und Roncador (am Uruguay) an die Reihe, und vorher womöglich die drei schon vorgesehenen Werke an den Flüssen, die den Bermejo bilden.

Die Schadensberechnung der Überschwemmungen im Nordosten

Gemäss einem Bericht des interamerikanischen Institutes für Kooperation mit der Landwirtschaft (ICA), auf der Grundlage von Daten des Landwirtschaftssekretariates, erlitt die Landwirtschaft in den von der Riesenüberschwemmung vom Mai betroffenen Provinzen einen Schaden von insgesamt etwas über einer Milliarde Pesos. Hinzu kommt dann noch der Schaden an Wohnungen und deren Ausrüstungen, Geflügel u.a., sowie allerlei Unternehmen. Aber ausserdem muss man noch den wirtschaftlichen Schaden berücksichtigen, der durch den Ein-

kommensausfall beim Handel und bei bestimmten lokalen Industriebetrieben (Schlachthöfen, Reismühlen u.a.) entstanden ist, sowie derjenige, der sich bei Landwirten u.a. nach der Überschwemmung ergibt. Denn es dauert einige Zeit, bis das Land wieder bebaut werden kann; und ausserdem fehlt dann das Kapital für die Beschaffung verlorenen Viehs. Der gesamte Schaden dürfte somit über US\$ 2 Mrd. liegen, was ganz gewiss keine Kleinigkeit ist, und sich auch auf die Gesamtkonjunktur des Landes auswirkt, womit der Gesamtschaden noch grösser wird.

Verluste bei der Landwirtschaft

(in Mio. Pesos)

Provinz	Wichtigste Aussaaten		Andere Aussaat	Tabak	Viehzucht	Insgesamt
	Gesamtverlust	Ertragsminderung				
Chaco	208,7	114,0	2,2	0,2	51,9	377,0
Formosa	18,8	0,5	0,0	0,0	28,6	47,9
Nord-Sta.Fe	77,0	49,1	0,1	0,0	155,6	281,8
Entre Ríos	11,4	56,7	0,0	0,0	0,0	68,1
Corrientes	33,6	6,8	0,0	5,5	164,1	210,1
Misiones	3,6	0,0	17,1	28,8	5,2	54,7
Insgesamt	353,2	227,1	19,5	34,5	405,4	1.039,7

Quelle: Landwirtschaftssekretariat Juni '98

Paradoxerweise trifft dieser Verlust mit einer Rekordernte zusammen, die sich sehen lässt. 65,4 Mio. Tonnen sollen es jetzt sein, gegen 54 Mio. im Vorjahr und 45 Mio. in der vorangehenden Rekordperiode 1994/95. Ohne diese Überschwemmung wäre es wohl gut eine Million Tonnen mehr gewesen. Die anormal hohen Regenfälle auf argentinischem Gebiet, die mit für die Überschwemmung verantwortlich waren (obwohl der grösste Teil des Wassers aus Brasilien kam), haben sonst allgemein besonders günstige Bedingungen für den Ackerbau geschaffen, besonders in den trockenen Gegenden. Aber ausserdem war der Zustand der Weiden dadurch ausserordentlich gut, so dass die Rinder eine stärkere Gewichtszunahme verzeichneten und die Geburtenquote dieses Jahr aussergewöhnlich hoch sein wird, da sich die Kühe nach dem Wurf im Frühling 1997 durch die gute Nahrung sehr schnell erholt haben. Auch die Schafzucht wurde von diesem Phänomen po-

sitiv betroffen, da es in Patagonien auch viel mehr geregnet hat, so dass die Schafe mehr Wolle produzieren und dieses Jahr mit einer höheren Geburtenquote gerechnet wird. Rund 40.000 Landwirte im Nordosten wurden von der Überschwemmung betroffen. Die Regierung hat Subventionen für US\$ 100 Mio. für 20.000 kleinere Landwirte angekündigt, die sich vornehmlich dem Anbau von Baumwolle (Chaco) und Tabak (Corrientes) widmen. Ferner sind weitere US\$ 300 Mio. vorgesehen, um die Landwirtschaft wieder in Gang zu bringen. Das Landwirtschaftssekretariat berichtet, dass diese Mittel zu 80% von der Weltbank und der Interamerikanischen Entwicklungsbank eingebracht werden sollen. Den Rest muss die argentinische Regierung beisteuern. Hinzu kommt, dass die Banco Nación die Schulden der Landwirte automatisch stundet, und dass auch Steuern erlassen werden. Letzteres wirkt sich dann negativ auf die Finanzen der betroffenen Provinzen aus.

Argentinien zweitgrösster Honigexporteur

Die Tatsache, dass Argentinien in der Welt nach China an zweiter Stelle als Exporteur von Honig figuriert, ist kaum bekannt, ebenso wie übersehen wird, dass Argentinien die erste oder zweite Stelle als Exporteur von Mais, Erdnüssen, Sonnenblumensamen, Subprodukten der Sojabohnen und Zitronen einnimmt. Mit Honig handelt es sich immerhin um ein eindrucksvolles halbes Dutzend landwirtschaftlicher Produkte, die Argentinien Stellung in der Welt untermauern.

Die Produktion von Honig schwankte von 1993 bis 1997 zwischen 60.000 und 70.000 t, zuletzt 65.000 im Jahr 1997. Hierin sind freilich nur die angegebenen Mengen enthalten. Wieviel Honig landesweit von kleinen Produzenten erzeugt wird, die den Honig unter Freunden und Bekannten sowie am Strassenrand an Passanten verkaufen, ist unbekannt. All diese Verkäufe erfolgen freilich schwarz, ohne Steuern zu bezahlen.

Der Jahresexport schwankte im gleichen Jahrfünft zwischen 53.500 und 63.500 t, zuletzt angenommene 62.000 t 1997. Nach diesen Zahlen, verglichen mit der Produktion, werden nur 2.000 bis 5.000 t konsumiert, zuletzt 4.000 t 1997. Diese Menge erscheint auf Anhieb besonders kläglich, auch unter Berücksichtigung der Tatsache, dass die Argentinier längst nicht so geneigt sind, Honig zu konsumieren wie allenfalls Deutsche oder Nordamerikaner. Trotzdem darf angenommen werden, dass der echte Konsum, einschliesslich der unbekanntesten Schwarzverkäufe, viel höher als magere 2.000 bis 5.000 t im Jahr ist.

Der Export bringt Argentinien nahezu 100 Mio. Dollar im Jahr ein, die zwar bei rund 27 Mrd. Dollar Jahresausfuhren kaum ins Gewicht fallen, aber für zahllose Landwirte eine Nebeneinnahme herbeiführen, die keineswegs zu verachten ist.

Weltweit führt China mit 150.000 t Produktion und 65.000 t Export im Jahr 1997, letztere knapp mehr als Argentinien, wobei in China Produktion und Exporte deutlich fallen, hatten sie doch 1994 177.000 t bzw. 102.000 t erreicht. Diese Vergleichszahlen zeigen, dass Argentinien jederzeit China als Weltesten im Export überholen kann, kaum dass hier die Produktion weiter zunimmt und in China die Abwärtstendenz anhält.

Nach China und Argentinien rangiert Mexiko mit 46.000 t Produktion und 24.000 t Export im Jahr 1997. Die Vereinigten Staaten stehen als Produzenten mit 90.000 t nach China und vor Argentinien und Mexiko, exportieren aber nur magere 4.300 t, weil sie als Importeure mit 70.000 t weltweit den zweiten Rang nach Deutschland mit 90.000 t, beide bezogen auf 1997, einnehmen. Deutschland produziert nur 15.000 t, exportiert 16.000 t und figuriert als Konsument mit 89.000 t hinter den USA mit 153.000 t.

Aus diesen wenigen Zahlen ersieht man, weshalb Deutschland und die USA die Hauptmärkte argentinischen Honigs sind, ebenso wie für China und Mexiko. Die USA haben 1997 41.092 t argentinischen Honig im Wert von 63,5 Mio. Dollar abgenommen, Deutschland steht mit Käufen von 8.300 t für 12,3 Mio. Dollar vor Italien mit 4.500 t für 6,7 Mio. Dollar zu Buch.

Honig wird landesweit von zahllosen Landwirten gleichsam als Nebenprodukt erzeugt, wobei auch einige wenige Landwirte die Produktion gross anlegen. Der Honiggeschmack wird von den Blumen der Umgebung beeinflusst, weshalb Honig aus der Pampa mit mildem Klima in den Konsumländern vielfach mit Honig aus wärmeren Gegenden geschnitten wird.

Da es sich offensichtlich um ein einträgliches Geschäft handelt, das deutlich saisonal ist, sind auch wissenschaftliche und technische Bemühungen unterwegs, um die Qualität zu verbessern, die Produktivität zu erhöhen und Krankheiten zu verhüten. Ein wissenschaftliches Projekt (spanisches Kürzel PROAPI) kümmert sich bereits um gen-technische Fortschritte, die dazu beitragen sollen, dass Honig als Agrarprodukt in Argentinien auch künftig mit der Aussicht auf weltweit Nummer eins blüht.

ARGENTINISCHE WIRTSCHAFT

Die Zinssätze für Fristdepósitos in Pesos und Dollar, in privaten und offiziellen Banken, blieben in der Berichtswoche unverändert.

Der Mervalindex stieg in der Berichtswoche zum Donnerstag um 4,2% auf 579,04, der Burcapindex um 4,3% auf 897,84 und der Börsenindex um 3,7% auf 20.343,23.

Der durchschnittliche Rindfleischpreis (kg Lebendgewicht in Liniers) fiel in der Berichtswoche um 7,2% auf \$ 1.0385.

Die Firma Techint kann die Arbeiten an der Nordanden-Erdgasleitung, von der Provinz Salta nach Tocopilla, in Chile, wieder aufnehmen, nachdem ihr Auftraggeber, das Konsortium aus der belgischen Tractebel und der US-Southern Energy, Berufung gegen das Urteil eingelegt hat, das einem Schutzrekurs von Greenpeace stattgegeben hatte und die Arbeiten vor 13 Tagen verbot. Die 2. Instanz muss entscheiden, ob die Trassenführung pflanzliches und tierisches Leben mit der Ausrottung bedroht, wie Greenpeace anführt, oder ob die gegenteilige Beurteilung der zuständigen Aufsichtsbehörde Enargás und mehrerer internationaler Consultingfirmen richtig ist. Die andere Erdgasleitung vom Nordwesten Argentinien nach Chile ist die von GasAtacama.

Die beiden zur Berkeley-Gruppe gehörenden Versicherungsgesellschaften Independencia und Océano wurden unter dem Namen Berkeley Compañía Metropolitana de Seguros fusioniert. Independencia, die erste Gesellschaft von Berkeley in Argentinien, ist auf allgemeine Versicherungen spezialisiert. Océano wurde 1997 erworben. Das neue Unternehmen steht unter der Leitung von Roberto Sollitto, der Vorsitzender des Argentinischen Verbandes der Versicherungsgesellschaften ist.

Die Erdölförderung betrug im April 4 Mio. cbm, um 0,1% mehr als im Vorjahresapril und um 3,4% weniger als im Vormonat, wie das Argentinische Petroleuminstitut

bekanntgab. Die Erdgasförderung erreichte 3,02 Mrd. cbm, 2,3% weniger als im gleichen Vorjahresmonat und 0,9% mehr als im Vormonat. An 1. Stelle erreichte YPF SA eine Erdölförderung von 1,6 Mio. cbm, 41% der Gesamtmenge, vor Pérez Companc mit 453.600 cbm (11%) und Petrolera San Jorge 311.649 cbm (7,8%). YPF SA erzielte auch die grösste Gasförderung, 953 Mio. cbm (32%), vor Total Austral 494 Mio. cbm (16%).

Das Arbeitsministerium arbeitet an einer Gesetzesvorlage, die Unternehmen und Gewerkschaften verpflichten würde, bestehende Sonderklauseln neu auszuhandeln. Diese sind u.a. für Handelsreisende, Friseure, Ärzte, Hauswarte, Journalisten usw. in Kraft und legen Sonderbegünstigungen fest. Von rd. 4,5 Mio. Arbeitnehmern betreffen sie etwa 300.000. Innerhalb von 2 Jahren sollen die neuen Bedingungen beschlossen sein, widrigenfalls einmalig ein Schiedsgericht bindend urteilen soll. Unter den Sonderklauseln befinden sich die für Handelsreisende, die im Entlassungsfall zusätzliche Entschädigungen erhalten, da sie dem Arbeitgeber Kunden überlassen. Hauswarte haben verlängerte Kündigungsfristen, da sie am Arbeitsplatz wohnen und eine neue Wohnung beschaffen müssen. Ausserdem haben sie besondere Arbeitszeiten. Journalisten geniessen einen besonderen Kündigungsschutz gegen Diskriminierungen. Insgesamt sind 14 Sonderklauseln in Kraft, darunter einige, die kaum Anwendung finden, wie die für Chauffeure in Privathäusern. Die neuen Bedingungen würden ausschliesslich bei Neueinstellungen gelten.

Das Erdölunternehmen Bidas hat ihren Fischereibetrieb Harengus an den Spanier M. Ordales und den bisherigen Geschäftsführer M. López Olaciregui verkauft.

Shell hat ihr neues Erdgasunternehmen für die Abfüllung und den Vertrieb von Flaschengas unter dem Namen Shell Gas in Mar del Plata vorgestellt. Es entstand durch

ADLER, HASENCLEVER Y ASOCIADOS

WIRTSCHAFTSPRUEFUNGS- UND STEUERBERATUNGSGESELLSCHAFT
UNTERNEHMENSBERATUNG

seit über 30 Jahren für mittelständische Unternehmen tätig



SAN MARTIN 575, 2° ST.
(1004) BUENOS AIRES

Tel: (00541) 393-6680
FAX: (00541) 325-6989
post@adlerhas.com.ar
www.adlerhas.com.ar

den Kauf, vor 10 Monaten, von Auto-Gas für US\$ 75 Mio., Investitionen für weitere US\$ 55 Mio. sind für die nächsten 4 Jahre vorgesehen. Der Vertrieb soll im Einflussgebiet von Mar del Plata beginnen.

Telefónica de Argentina hat die totale Digitalisierung ihres Telefonnetzes in ihrem Teil von Gross Buenos Aires und dem Süden des Landes angekündigt, die eine zusätzliche Investition von US\$ 6,1 Mrd. erfordert. Bei der Betriebsübernahme im November 1990 waren nur 14,6% ihres Netzes digitalisiert. Telekom, die den anderen Teil von Gross Buenos Aires und das Nordgebiet bedient, hat die Digitalisierung in ihrem Bereich bereits im Vorjahr abgeschlossen. Neben grösserer Betriebssicherheit und anderen Vorteilen, gestattet die Digitalisierung eine Tonqualität, die bei analogen Übertragungen nicht zu erreichen ist.

Das zur Exxel Group gehörende private Postunternehmen OCA strebt den Einstieg in das Telefongeschäft an. Im Rahmen der Deregulierung der Fernsprechnetze sollte die Ausschreibung des öffentlichen Fernsprechnetzes im Mai erfolgen. Formaljuristische Einwände verzögerten sie. OCA hatte das Lastenheft erworben und muss mit Unternehmen aus USA, Chile und Mexiko konkurrieren, wie im Staatssekretariat für Fernverbindungen bekannt wurde.

Einem Bericht der obersten staatlichen Kontrollbehörde ist zu entnehmen, dass das Steueramt von 1993 bis 1995 Ausfuhrückvergütungen für US\$ 2,8 Mrd. geleistet hat, die erforderlichen Kontrollen jedoch nur für US\$ 10 Mio. durchführte. Im März 1993 hatte die damalige Zollverwaltung (ANA) eine Ein- und Ausfuhrkontrolle mit Stichproben durch einen Zufallsgenerator eingeführt, der die Lieferungen auf einen roten, orangefarbenen oder grünen Kanal leitete. Im roten Kanal wurden Waren und Unterlagen geprüft, im orangefarbenen nur die Unterlagen und im grünen praktisch nichts. Im Bericht heisst es, dass Rückerstattungen ohne Erfüllung sämtlicher Anforderungen und ohne die entsprechenden Unterlagen bewilligt wurden, dass die Beträge nicht klar in den Monatsberichten der Steuerbehörde aufscheinen, und dass tatsächlich 2,78% der Rückerstattungen vollkommen geprüft wurden.

Durch Beschluss 394/98 des Sekretariates für Industrie, Handel und Bergbau (Amtsblatt vom 30.6.98) wurde das Fabrikationsprogramm der Firma Iochpe-Maxion Argentina S.A. im Rahmen der Regelung für die Zulieferindustrie der KFZ-Industrie genehmigt. Das Unternehmen will drei Motorentypen erzeugen: Ranger, für Ford, beginnend mit 13.786 Einheiten in der er-

sten Etappe und schliesslich 21.000 jährlich in der dritten; Turbo A.C., für Mercedes Benz, beginnend mit 1.055 in der ersten Etappe bis 3.960 in der dritten; HS Turbo für Mercedes Benz, beginnend mit 3.645 und dann 14.040 Einheiten. In allen Fällen beginnt die Produktion mit einem hohen Anteil an importierten Teilen (74,10%, 75,81% und 78,90%) und endet mit knapp unter 30%.

Durch Beschluss 376/98 des Landwirtschaftssekretariates (Amtsblatt vom 30.6.98) wurde zwischen dem 43. und dem 47. Breitengrad, mit jeweiliger Begrenzung im Osten, der Fischfang mit Netzen verboten. Die Massnahme wurde verfügt, weil dort ein hoher Bestand von jungen Seehechten festgestellt wurde, der erhalten werden muss, um den zukünftigen Fischfang zu sichern.

Franco Macri, Leiter und Hauptinhaber des SOCMA-Konzerns, wendet sich zunehmend neuen Geschäften zu, nachdem er die Kontrolle von Sevel an die französische Peugeot abgegeben hat und die Lizenz für die Müllabfuhr von zwei Dritteln der Stadt Buenos Aires (Manliba) verloren hat. In Salta hat er auf einer Fläche von 20.000 ha die Produktion von Bohnen (porotos) und Baumwolle aufgenommen. Im ersten Fall ist er eine Verbindung mit Cremer, dem wichtigsten Speiseölmändler Europas, eingegangen, der jetzt mit 20% am Bohnengeschäft von Macri beteiligt ist. Bei Baumwolle ist die australische Queensland Cotton mit 33% Partner. Macri betreibt schon eine Baumwollverarbeitungsanlage, die 30% der Baumwolle von Salta verarbeitet. Diese Anlage kostete US\$ 4 Mio. und ist die modernste im Land.

Kurz nach der Fusion mit American Home Products kündigte Monsanto an, dass sie das Saatgutgeschäft von Cargill in Lateinamerika, Europa, Asien und Afrika für US\$ 1,4 Mrd. erwirbt. Damit bestätigt Monsanto ihre Präsenz auf dem weltweiten Saatgutmarkt und wird bei dem Geschäft, in dem in Argentinien im Vorjahr US\$ 875 Mio. umgesetzt wurden, Markterster. Die Übernahme von Cargill schliesst die Aussaatforschung ein, mit ihren Ländereien und Niederlassungen in 24 Staaten und den Vertrieb in 51 Ländern. In Argentinien verkaufte Cargill das Geschäft mit dem es vor 51 Jahren anfang und heute US\$ 50 Mio. im Jahr umsetzt.

Wesley Jessen, USA, weltweit einer der grössten Hersteller von Kontaktgläsern, hat, nachdem er in Brasilien kürzlich Fuss gefasst hatte, das gesamte Aktienpaket der argentinischen Plastic Contact Lens erworben, die Besitzerin der Pupilet Voss in Argentinien ist. Das Unternehmen besitzt hier 16 Lo-

kale in Gross Buenos Aires, darunter in Shoppings, Córdoba und Mar del Plata sowie 2 Franchising-Niederlassungen in Mendoza und Tucumán. Wesley Jessen fasst damit auch Fuss auf dem Grossistenmarkt für Kontaktgläser und wird nach Peru, Mexiko, Uruguay, Belgien, Kuba, Brasilien, Südafrika, Kolumbien und Grossbritannien ausführen. Die Gesamtumsätze der Firma betragen im Vorjahr US\$ 282 Mio., um 79,9% mehr als 1996. Sie erzeugt weltweit 13,8% der weichen Kontaktlinsen und in USA 13,6%. In Argentinien werden mit Kontaktgläsern US\$ 15 Mio. im Jahr umgesetzt. Johnson & Johnson ist mit US\$ 5 Mio. Markterster, vor Pfortner mit US\$ 3 Mio., Plastic Contact Lens mit US\$ 2,4 Mio., Ciba Vision US\$ 1,6 Mio. und Bausch & Lomb US\$ 1 Mio.

Ausser dem US-Investment Fonds Newbridge Latin America interessiert sich auch der Southern Cross Latin America Private Equity Fund, unter der Leitung von N. Morita, der zur kürzlich fusionierten Schweizerischen Bankgesellschaft gehört, für die Übernahme der Kontrolle von Alpargatas, wie das Textilunternehmen der Börse mitteilte. Die Übernahme der Kontrolle durch einen standby Underwriter war eine Bedingung der argentinischen Wertschriftenkommission um der Kapitalaufstockung um US\$ 120 Mio. zuzustimmen, mit der Alpargatas seine Schulden von US\$ 600 Mio., davon US\$ 450 Mio. kurzfristig abdecken will. Newbridge trat im Vorjahr durch Beteiligung an dem 45%igen Aktienpaket in Händen der Familien Zavala Lagos, Clutterbuck und Gotelli in die Firma ein. 55% der Aktien befinden sich an der Börse.

Im Rahmen des Investitionsplanes von US\$ 120 Mio. für Argentinien hat Pirelli im Werk Merlo die Fertigung des P3000 Energy Kfz-Reifens begonnen. Der Reifen wurde der Welt im Vorjahr in Brasilien als der neue Ökoreifen vorgestellt, da bei seiner Herstellung statt Russ eine Silikatverbindung verwendet wird. Damit soll der Reibungswiderstand verringert und 10% Kraftstoff gespart werden.

Der Moped-Hersteller Zanella soll von seinen Gläubigerbanken Citibank, West Merchant Bank und Corporación Metropolitana de Finanzas übernommen werden. Auf der Firmerversammlung beschloss die Familie Zanella, die 51% der Aktien hält, für die vor 2 Jahren ausgegebenen Obligationen, die am 10.9.98 fällig werden, Aktien auszugeben. Wenn alle Obligationen in Aktien umgetauscht werden, steigt das Kapital von US\$ 9 auf 79,5 Mio. Für 70% der Obligationen soll die Zustimmung gesichert sein.

Die Wirtschaftsführung hat

Antidumpingzölle für Olivenöl aus der EU, insbesondere aus Spanien, mit Beschluss 772/98, verfügt. Durch 2 Jahre wird abgefülltes Olivenöl aus der EU mit Kompensationszöllen US\$ 1 pro Kilo, offenes mit US\$ 0,80 pro Kilo belastet.

Das Baugewerbe legte im Mai im Vorjahresvergleich um 6,3% zu und ging im Vormonatvergleich um 5,9% zurück, wie das Statistikamt Indec bekanntgab. In den ersten 5 Monaten betrug die Zunahme im Vorjahresvergleich 14,5%.

Die Exxel Group hat die Pizza Hut Kette verkauft. Da sie keine Interessenten für die Lizenz fand, die von Pepsi Cola vergeben wurde, transferierte sie 17 der 20 Lokale, einschliesslich ihrer 500 Mitarbeiter, an die Restaurantkette Romanaccio. Die restlichen 3 Lokale wurden geschlossen. In Bankkreisen verlautete, dass bei derartigen Transferenzen keine Barzahlungen üblich seien. Damit verschwindet eine weitere US-Pizzeria Kette aus Argentinien, die sich wie Domino's und andere, trotz ihrer Erfolge in USA, hier nicht durchsetzen konnte. Auch in Brasilien musste Pizza Hut ihre 30 Lokale in Rfo und 20 in S. Paulo schliessen. In Fachkreisen wird der für Lateinamerikaner zu milde Geschmack und der anspruchsvolle Preis als Ursache angegeben.

Für die 3. Etappe des Trabajar benannten Hilfsplanes, der in kleinen, armen Gemeinden Infrastruktur-Vorhaben finanziert, die vorübergehend Arbeitsplätze schaffen, hat die Weltbank ein Darlehen von US\$ 284 Mio. bewilligt. Trabajar ergänzt andere Arbeitsbeschaffungspläne.

Die Bank der Provinz Santa Fe ist an die private BGN (Banco General de Negocios) gegangen. 90% wurden für \$ 57,2 Mio. erworben, 10% verbleiben als Belegschaftsaktien. BGN wurde von den Banken Chase Manhattan, Dresdner und Crédit Suisse First Boston als Mehrheitspartner und der Familie Rohm gebildet.

Während die Regierung die Gesetzesvorlage zur Verhinderung bzw. Bestrafung der Geldwäsche durchzusetzen versucht, hat die ZB mit der Justiz bereits in 80 Ermittlungsfällen zusammengearbeitet. Bei einigen wird schon in Kürze das Urteil erwartet.

Der Beschluss Nr. 313 des Handelssekretariates verpflichtet die Banken, ab Juli die Staatliche Direktion für Binnenhandel quartalsmässig über die gesamten Finanzkosten der Hypothekenkredite für Wohnungen zu informieren. Die meldepflichtigen Spesen sind: Der feste bzw. variable Jahresnominal-

Zinssatz. Die Lebens-, Arbeitslosen- und Feuerversicherung und alle anderen Versicherungen in Zusammenhang mit den Partnern oder dem Objekt der Hypothek; Belastungen wegen Eröffnung und Betreibung von Konten, Kreditkarten oder mit der Finanzierung verbundenen Käufen; Belastungen für die Übersendung von Auszügen und anderen Mitteilungen

wie z.B. über Amortisierung oder Zinsen der Finanzierung.

Nach dem Scheitern der ersten Erschliessungs-Bohrung in den Gewässern nördlich der Malwinen durch die US-Firma Amerada Hess, ist die 2. Bohrung durch die britische Desire Petroleum Plc ebenfalls gescheitert. Es wurde weder Erdöl noch -gas gefunden. Die Erschliessungsarbeiten sollen fortgesetzt werden.

Das Dekret 760, das die MWSt. für Fleisch, Obst und Gemüse, sowie für die zu ihrer Primärgewinnung notwendigen Anlagen, Einrichtungen und Dienstleistungen auf 10,5% verringert, ist in Kraft. Es ersetzt das Dekret 499, das diese Verringerung auch für Getreide und Ölsaaten vorsah. Letztere Verringerung soll jedoch, wie die Regierung nach Besprechungen mit Vertretern der Landwirtschaft vereinbarte, im Parlament eingebracht und dort debattiert werden.

Nach Angaben des Statistikamtes Indec nahm die Beanspruchung öffentlicher Dienstleistungen im Mai, gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat, um 9,5% zu. Der Vergleich der ersten 5 Monate der beiden Jahre ergibt 13,3% Zunahme. Die Stromlieferungen nahmen im Vergleich der beiden Monate um 0,4% zu, die Erdgaslieferungen gingen um 2,5% zurück. Ferngespräche ins Ausland legten um 33,1% zu (40,6% mehr Gesprächsminuten), aus dem Ausland um 5,5% (4,7% mehr Minuten). Die Zellulartelefonie legte 133,2% zu. Die Zahl der Kfz an Mautstellen nahm auf Bundesstrassen um 7,9% zu, auf jenen der Provinz Buenos Aires um 40,4%. Die Zahl der Fahrgäste nahm bei Vororteseisenbahnen um 2,3%, bei U-Bahnen um 12% und bei Fernzügen um 18,3% zu. Bei Stadtbussen wurde ein Rückgang von 12,6% verzeichnet.

Das Verteidigungsministerium hat für den 29. Juli um 12 Uhr in

der Banco de la Ciudad de Buenos Aires zu einer Versteigerung des Golfplatzes in Villa Adelina, an der Panamericana, aufgerufen. Der Grundpreis beträgt \$ 25 Mio., plus 3% Verkaufsprovision und MWSt.

Die Technint-Gruppe verhandelt mit der venezolanischen Regierung über den Kauf von 70% der Stahlrohrfabrik Sidor. Käufer wäre die Techint-Filiale TAMSA in Mexico. Ausser dem Kaufpreis würde die Firma im Laufe von sechs Jahren US\$ 300 Mio. investieren.

Canale, das Nahrungsmittelunternehmen der Macri-Gruppe, gab an der Börse bekannt, dass sie das in Zwieback, Keksen und Biskuit unter den Marktersten befindliche Unternehmen Tosti für US\$ 5,5 Mio. erworben hat. Die Hälfte davon wurde bar bezahlt, die andere wird in 5 gleichen Jahresraten bis 2003 beglichen.

Von den beiden Stromverteilungsunternehmen für Gross-Buenos Aires gab Edenor für Juni eine Verbrauchserhöhung gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat von 7,08% bekannt, Edesur von 6%. Für den Vorjahresvergleich des ersten Halbjahres meldet Edenor eine Zunahme von 5,05%.

Der Koordinierungssekretär im Wirtschaftsministerium, J. Cáceres, der Liquidator des staatlichen Rückversicherungsinstitutes (Inder) D. Di Nucci, und der Vorsitzende der Generalsyndikatur (Sigen), H.L. Augustini, haben die Ermittlungen des Sigen über die Forderungen der Versicherungsgesellschaften an das Inder geprüft. Die durch die Ermittlungsarbeiten erzielten Verringerungen um insgesamt \$ 251 Mio. wurden von den meisten Versicherungsgesellschaften angenommen.

75,1% der Einlagen der liquidierten BCP (Banco Crédito Provincial) verbleiben bei der MBK Mercobank, die sie übernommen hat. MBK-Präsident Liendo erklärte sich mit dem Ergebnis äusserst zufrieden und kündigte den Beitritt der MBK bei den Bankenverbänden Abra und Adeba an.

Der Verband der Nahrungsmittelindustrien (Unida) gab bekannt, dass die Ausfuhren der Branche in den ersten 4 Monaten '98, im Vorjahresvergleich, um 5,9% zurückgegangen sind. Grund sei der betonte Rückgang bei Fleischprodukten. Die Einfuhren legten im gleichen Zeitraum um 5,5% zu. Unida erwartete aufgrund der Asienkrise einen Rückgang von 20% bei den Schlachtungen. M. Scharitti, Vorsitzender der Fleischindustrie- und Handelskammer, erklärte, dass Schwarzschlachtungen, Steuerhinterziehung und die

Konkurse und Vergleichsverfahren (in Pesos)		
	1996	1997
Juli	119.751.653	16.807.538
Aug.	124.248.938	32.963.468
Sep.	138.345.511	30.119.536
Okt.	95.987.000	49.164.356
Nov.	63.547.652	20.748.776
Dez.	56.731.344	38.371.827
	1997	1988
Feb.	42.218.378	21.525.670
Mär.	59.929.433	83.737.695
Apr.	81.729.710	207.403.411
Mai.	59.270.159	52.516.568
Juni	78.335.159	107.698.423

PREISENTWICKLUNG

Änderung in Prozenten I: gegenüber Vormonat, II: gegenüber Vorjahr

Monat	Konsumentenpreise		Grossistenpreise (Allgemein)		Grossistenpreise: national				Baukosten	
					Nichtlandwirtschaftlich		Landwirtschaftlich			
	I	II	I	II	I	II	I	II	I	II
1997										
März	-0,5	1,0	-0,3	1,0	0,0	0,1	0,7	-3,4	-0,2	-1,8
April	-0,3	0,6	-0,4	-0,8	0,0	0,1	0,1	-8,0	0,0	-0,9
Mai	-0,1	0,7	0,7	-0,4	0,0	-0,2	2,7	-7,8	0,3	-0,5
Juni	0,2	0,9	-0,4	-0,1	-0,2	-0,3	0,2	-6,7	-0,3	-0,3
Juli	0,2	0,6	-0,4	-0,4	0,0	-0,3	-1,5	-7,7	0,5	0,1
August	0,2	0,8	0,6	0,5	-0,5	-0,8	3,5	-4,7	0,3	0,9
September	0,0	0,6	0,0	-0,5	-0,7	-1,5	0,6	-4,3	0,2	1,4
Oktober	-0,2	-0,1	0,0	-0,8	0,0	-1,2	0,3	3,3	-0,1	1,9
November	-0,2	-0,1	0,0	-0,4	0,0	-1,2	0,4	8,2	-0,1	1,5
1998										
Januar	0,6	0,5	-1,3	-2,3	0,0	-1,2	-4,6	6,0	-0,6	0,5
Februar	0,3	0,5	0,2	-2,2	0,0	-1,2	1,3	1,8	-0,1	0,9
März	-0,1	0,8	-0,3	-2,0	0,0	-1,2	-0,6	0,3	0,2	0,6
April	0,0	1,2	0,1	-1,5	0,0	-1,4	1,1	1,2	0,1	0,8
Mai	-0,1	1,2	-0,2	-2,3	0,0	-1,2	1,1	-0,2	0,0	0,5
Juni	0,2	1,1	-0,1	-2,0	0,0	-1,2	0,7	0,4	0,0	0,4

Quelle: INDEC

Entwicklung der Währungsreserven der Zentralbank

(in Milliarden Pesos)

	24.4.98	4.5.98	11.5.98	1.6.98	5.6.98	12.6.98	22.6.98	29.6.98
Gold, Devisen u. Anlagen	21,14	21,70	22,22	22,74	22,74	22,61	22,74	23,00
Staatspapiere	1,86	1,85	1,85	1,85	1,86	1,82	1,66	1,71
Internat. Reserven ZB	23,01	23,55	24,07	24,59	24,60	24,43	24,40	24,71
Liquiditäts-Rückstellungen (Com. A. 2350)	8,95	8,72	8,73	7,98	8,64	9,04	8,78	7,75
Währungsreserven des Finanzsystems	31,96	32,27	32,78	32,57	33,24	33,47	33,18	32,46
Notenumlauf	14,44	14,92	15,30	14,89	15,42	15,20	14,78	14,86
Bankdep. in Dollar bei ZB	0,03	0,04	0,09	0,02	0,02	0,03	0,04	0,01
Monetäre Passiven	14,47	14,96	15,39	14,91	15,44	15,23	14,82	14,87
Nettosaldo Swaps	6,52	6,57	6,62	7,78	7,23	7,30	7,64	7,86
Depositen der Regierung	0,24	0,49	0,63	0,54	0,66	0,65	0,32	0,24
Finanzpassiven	20,99	21,53	22,01	22,69	22,68	22,52	22,47	22,73

Quelle: Zentralbank

Asienkrise für 1998 eine 25%ige Ausfuhrverringerung bei Fleisch erwarten liessen. Nach Angaben des Unida betragen die Nahrungsmittelausfuhr in den ersten 4 Monaten 32% der argentinischen Gesamtexporte.

Die Stadtregierung von Buenos Aires hat Direktverbindungen zu Banken hergestellt, um die Anwendung der Einkommensteuer (ingresos brutos) in Fällen wie Leasingverträgen und Treuhandsabkommen zu prüfen, deren Behandlung derzeit festgefahren ist. Finanzsekretär Delle Ville ist mit dem Bankenverband Adebá übereingekommen, eine Arbeitsgruppe zu schaffen, um die gerechteste Steuerbehandlung für neue Besteuerungen auszuarbeiten, die im Rahmen der geltenden Bestimmungen ausgelegt werden müssen.

Wie nach jedem Quartalsabschluss wurde die neue Zusammensetzung des Merval-Börsenindex bekanntgegeben. Er wird nun aus 37 Firmen (jenen mit den bedeutendsten Aktienumsätzen) gebildet, der höchsten Zahl seit seiner Gründung. Neu aufgenommen wurden Sevel, Ledesma, Sol Petróleo, Aluar, MetroGas, Dycasa, Celulosa, Bagley und Cinzano. 4 Unternehmen bestreiten 42% der Aktienumsätze. Die beiden Stahlunternehmen Acindar (13,4%) und Siderca (11,7%) das Holding Pérez Compagn (8,6%) und Renault (8,3%). Da argentinische Aktien nun über ADR auch in New York gehandelt werden können, machen international besonders gesuchte Aktien wie YPF SA nur 3,6% des Mervalindex aus, Telefónica de Argentina 2,1% und Telecom 2,3%. In den Mervalindex aufgenommene Dienstleistungsbetriebe machen, trotz ihrer Bedeutung innerhalb der Wirtschaft, insgesamt nur 13,1% der Börsen-Umsätze aus.

Die Soldatigruppe peilt mit dem Parque de la Costa für 2000 mehr als 3 Mio. Besucher an und investiert dafür in den nächsten 18 Monaten weitere US\$ 80 Mio. Bisher wurden US\$ 150 Mio. in den Tren de la Costa und die verbundenen Dienstleistungen investiert. Im ersten Jahr wurden 1,7 Mio. Besucher verzeichnet. Neue Schauspiele, Restaurationsbetriebe, Spiele und Einkaufsmöglichkeiten sollen die Zahl in 2 Jahren auf 3 Mio. steigern. Generaldirektor Rotman vom Tren de la Costa erklärte, seit Juni schreibe man schwarze Zahlen. In diesem Jahr würden Einnahmen für \$ 50 Mio., im nächsten für \$ 65 Mio. erwartet. Ab nächstem Jahr würden Gewinne von 19% bis 27% der Umsätze erwartet, wie sie bei ähnlichen Anlagen weltweit üblich seien.

Die Erziehungskommission des Abgeordnetenhauses hat die Gesetzesvorlage, die die 1%ige Jahressteuer auf Kfz für den Erziehungsfond vorsieht, positiv begutachtet. Die Vorlage muss nun an die Kommission für Arbeitsgesetzgebung und dann an die für Haushalt und Finanzen weitergeleitet werden. Werden Änderungen beschlossen, muss sie an die Erziehungskommission zurückgehen. Im Fall einer Annahme durch das Abgeordnetenhaus, wird die Vorlage zur Behandlung durch den Senat weitergeleitet.

Der Index der Konsumentenpreise verzeichnet im Juni eine Zunahme von 0,2%, die vornehmlich durch eine Steigerung von 0,5% bei der Sparte „Nahrungsmittel und Getränke“ verursacht wurde, die ihrerseits durch die Zunahme von 3,3% bei Rindfleisch herbeigeführt wurde. Im einzelnen entfallen die stärksten Preiszunahmen im Juni auf bestimmte Rindfleischarten, wie „Paleta“ mit 5,5% und „Asado“ mit 4,8%, auf Hackfleisch mit 5,2%, aber auch auf Bananen mit 8,3%. Auf der anderen Seite nahm der Preis für runde Tomaten um 15,9% ab, für Orangen um 9,1%, für Zwiebeln um 4,3% und für Rüben um 2,5%. Global wurde die Zunahme bei Nahrungsmitteln und Getränken durch eine Abnahme von 0,2% bei „Bekleidung“, von 0,1% bei „Transport und Fernverbindungen“ und ebenfalls 0,1% bei „Haushaltsausrüstung und -ausgaben“, sowie bei „verschiedenen Gütern und Dienstleistungen“ ausgeglichen.

Am Donnerstag wurde das Gesetz über die Einheitssteuer verkündet, aber mit einem Veto, das einen Zusatzparagrafen des Artikels 7 und den letzten Teil des Artikels 48 streicht. Beim Artikel 7 wurde der Teil entfernt, der sich auf die Flexibilisierung der Normen über Stromkonsum und bedeckte Flächen bezieht; und beim Artikel 48 wurde der Teil entfernt, durch den bestimmte Sozialgesetze auf die bei der Einheitssteuer eingetragenen Steuerzahler und ihre Arbeitnehmer angewendet werden. Ohne dieses Veto hätte die ANSSal (Gesundheitsverwaltung) \$ 200 Mio. zusätzliche jährliche Ausgaben gehabt.

Das Energiesekretariat berichtet, dass der Stromkonsum der grossen Verbraucher (grosse Industriebetriebe u.a. Unternehmen) 1997 um 11,97% zugenommen hat, und im 1. Quartal 1998 um 13,74% über der gleichen Vorjahresperiode lag. Es handelt sich dabei um die Bundeshauptstadt und Umgebung, Córdoba und Santa Fe.

Der Rindfleischexport ist in den ersten 5 Monaten 1998 um 33,8% zurückgegangen, von 180.700 t im Vorjahr auf 125.454 t dieses Jahr. Der Exportwert ging indessen nur um 23% zurück, von US\$ 332,9 Mio. auf US\$ 257,2 Mio.

Nach der Erhebung der privaten Firma Veraz wurden im Juni 1998 14% mehr Bankkonten geschlossen als im gleichen Vorjahresmonat, und im 2. Quartal 13% mehr.

Das Verteidigungsministerium hat ein Programm zum Verkauf von Immobilien der Streitkräfte in Angriff genommen. Ausser dem Golfplatz in Villa Adalina soll das Gelände von Astilleros Domecq García an der Costanera-Süd (12 ha, für etwa US\$ 25 Mio.), die Abteilung Arsenalen in Villa Martelli (50 ha, für etwa US\$ 25 Mio.), die Abteilung Viejobueno in Monte Chingolo (174 Ha, für etwa US\$ 5 Mio.) und das Regiment 3 in La Tablada (112 ha, für etwa US\$ 14 Mio.) verkauft werden. Verkauft wurden schon ein Grundstück an der Leandro N. Alem, Ecke Tucumán für 1,95 Mio. und 106 ha in Curuzú Cuatiá (Corrientes) für \$ 800.000.

Die interamerikanische Investment-Korporation (CII) hat der Gerberei Arlei SA ein Darlehen von US\$ 8 Mio. für die Modernisierung ihrer Anlagen in Los Toldos, Provinz Santa Fe, gewährt.

Das Industriesekretariat hat eine Zusammenstellung von 41 neuen Investitionsvorhaben für über US\$ 1,52 Mrd., im ersten Halbjahr '98, bekanntgegeben. Alleine im Juni wurden 10 für US\$ 158 Mio. in Angriff genommen. Auf der Liste sind hervorzuheben die Investition von US\$ 400 Mio. in die Erweiterung der Hafenanlagen von Buenos Aires, der Beginn der Erdgasleitung von Jujuy nach Chile, die US\$ 230 Mio. kostet, die Eröffnung der Lithiumchlorid-Fabrik für US\$ 150 Mio. in General Güemes, Salta, und die Erweiterung der Gummifabriken von Pirelli für US\$ 120 Mio.

Die Argentinische Kammer der Bekleidungsindustrie hat ermittelt, dass in Argentinien 45% der Bekleidung mit gefälschten Marken auf den Markt kommt. Die Hinterziehung von Steuern und Sozialabgaben durch die Schwarzfertigung betrage \$ 500 Mio. im Jahr. Der Kammer zufolge hinterzieht die Schattenwirtschaft der Branche jedes Jahr Sozialbeiträge für über \$ 84,63 Mio. und durch Schwarzverkäufe Steuern für \$ 419,88 Mio.

Impsa (Industrias Metalúrgicas Pescarmona SA) hat mit der Philippinischen National Power Corp. einen Vertrag für die Betreibung der Wasserkraftwerke von Caliraya, Botocan und Kalayaan durch 25 Jahre unterzeichnet, der noch von der zuständigen behörde bewilligt werden muss. In den ersten 4 Jahren muss Impsa US\$ 450 Mio. investieren. Die E-Werke sollen in den ersten 9 Jahren Strom für US\$ 900 Mio. im Jahr liefern.

Die Regierung von Córdoba hat die letzten in Umlauf befindlichen Cecor-Schuldzertifikate (Certificado de Cancelación de Obligaciones de Córdoba), für \$ 130 Mio., eingelöst. Nach dem desolaten Zustand, in dem die Provinzfinanzen nach der Regierung Angeloz übernommen wurden, gab Gouverneur Mestre 3 Cecor-Tranchen für insgesamt \$ 800 Mio. zu 12% Jahreszinsen aus. Nach harten Finanzmassnahmen, konnte Gouverneur Mestre 1995 mit einem ausgeglichenen Ergebnis und 1996 und 1997 mit einem Überschuss abschliessen, und mit langfristigeren Krediten von den Banken Río und Galicia für \$ 500 Mio., konnten die Cecor eingelöst werden.

Die Mayo Bank hat den Vertrag unterschrieben, durch den sie Aktiven und Passiven der Patricios Bank für \$ 323 Mio. übernimmt. Damit wurden die als bevorzugt eingestufteten Spar-, Frist- und Kontokorrenteinlagen an die Mayo Bank übertragen, die die gesamten Verpflichtungen der Patricios Bank übernimmt. Rd. 1.200 nicht bevorzugte Gläubiger, denen die Patricios Bank durch Obligationen \$ 43 Mio. schuldet, wurden ausgeklammert. Nach Vertragsabschluss gab die Mayo Bank einen Plan bekannt, nach dem vom 8.7. bis zum 7.8. für die betroffenen Kunden 130.000 Bankoperationen durchgeführt werden.

Das US-Versicherungsunternehmen Leucadia hat beschlossen, seinen Anteil von 25% an der Caja de Ahorros der Familie Werthein für US\$ 140 Mio. zu verkaufen, um sich anderen Geschäften zu widmen. Damit hält die Wertheingruppe 55% und die Kontrollmehrheit der Bank- und Versicherungsunternehmen. Von den US\$ 450 Mio., die die Wertheingruppe durch den Verkauf ihrer Beteiligung an Citicorp Equity Investment erhält, zahlt sie US\$ 100 Mio. sofort. Die restlichen US\$ 40 Mio. werden im Laufe von 2 Jahren beglichen.
